

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei

und des SD = Oslo

Oslo, den 26.4.1942.

Tgb.Nr. 31/42g

001 42g AWTa ✓

189

10 4/1 ✓

Okey

T = V

Geheim!

108168

Meldungen aus Norwegen

Nr. 38.

H R.
10/6

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

(XXXXXXXXXXXX)

A. - Allgemeine Stimmung.

Die allgemeine Stimmung der norwegischen Bevölkerung hat sich in den letzten Wochen laufend verschlechtert. Diese Entwicklung hält zur Zeit noch an.

Ein wesentliches Merkmal dieser Entwicklung ist, daß die Bevölkerung es in steigendem Maße vermeidet, ihrer Stimmung - insbesondere soweit sie sich gegen die Deutschen richtet - Ausdruck zu geben, während auf der anderen Seite kein Zweifel darüber sein kann, daß die gegnerische Einstellung der Bevölkerung sich erheblich verschärft hat. Diese Situation kommt u.a. auch darin zum Ausdruck, daß die Zahl der kleinen politischen Delikte in anhaltendem Zurückgehen begriffen ist, obgleich das Ansteigen bzw. Gleichbleiben der Zahl wirklich ernster politischer Delikte (Flugblattherstellung, Widerstand, Spionage, usw.) eine gesteigerte Neigung zur politischen Illegalität erkennen läßt.

Die zunehmende Zurückhaltung der Bevölkerung in gegnerischen Demonstrationen gegenüber Deutschland ist zweifellos zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß man eingesehen hat, daß Demonstrationen in breiter Öffentlichkeit sinnlos sind und nur zwecklose Opfer zur Folge haben. Vereinzelt kommt man in gegnerischen Kreisen zu der Auffassung, daß England, Amerika und die Sowjetunion nicht in der Lage sind, die Dreier-Pakt-Mächte zu besiegen.

In demselben Maße wie sich diese Auffassung von der militärischen Situation durchsetzt, konzentriert sich der Widerstand auf die von der Nasjonal Samling repräsentierte innerpolitische Neuordnung. Die Position, von der man - selbst im Falle eines deutschen Sieges - diesen Widerstand durchsetzen zu können glaubt, kennzeichnet man nach oft wörtlich übereinstimmenden Meldungen aus zahlreichen Teilen des Landes sowie aus fast allen sozialen Schichten mit der Feststellung: "Sie (die Regierung und die Nasjonal Samling) können ja nicht das ganze Volk hinter Gitter setzen."

Zusammenfassend läßt sich die gegenwärtige stimmungsmässige Situation dahingehend charakterisieren, daß die Deutsch- und NS-Feindlichkeit im ständigen Zunehmen begriffen ist, daß sich aber der eigentliche Widerstand in steigendem Maße gegen die Nasjonal Samling richtet, während die gegnerische Auseinandersetzung mit Deutschland immer mehr eine Sache kleiner, aktivistischer, illegal arbeitender Gruppen wird.

Dieses Gesamtbild der gegenwärtigen stimmungsmässigen Situation weist naturgemäß je nach Ort und Zeit teilweise erhebliche Unterschiede auf.

Starke Schwankungen und örtliche Unterschiede sind in der Haltung der Bevölkerung bei der Beurteilung einer englisch-amerikanischen Invasionsmöglichkeit festzustellen.

Besonders aufschlußreich zu diesem Thema ist ein Bericht aus Stavanger, in dem es u.a. heißt:

"Der größte Teil der Norweger lebt in einer Scheinwelt, die aufgebaut ist auf Theorien, Wunschträumen und Gerüchten, und die er sich sobald sie durch die rauhe Luft der Wirklichkeit hinweggeblasen sind, neu aufbaut, indem er sie den inzwischen eingetretenen Tatsachen notdürftig anpaßt...

Wie bereits mehrfach berichtet, konzentrieren sich die Erwartungen der Bevölkerung in immer stärkerem Maße auf das Frühjahr. Und zwar wußte man aus ganz sicherer Quelle, daß die Engländer zu Ostern bzw. um den 9. April herum kommen würden. Das war angeblich auch wiederholt von den Engländern durch den Rundfunk oder auch auf andere Weise bekannt gegeben worden. So sollte vor Ostern ein englisches Flugzeug mittels Kondensstreifen die Zahl 8 an den Himmel geschrieben haben. Dies wurde als deutlicher Hinweis dafür angesehen, daß die Engländer am 8. April Norwegen besetzen würden.....

Die Bevölkerung traf auch gründliche Vorbereitungen für die Invasion und besonders über die Osterzeit war trotz der Verkehrsbeschränkungen Stavanger fast menschenleer.

- 3 -

Nachdem der 9. April ohne Invasion vorbeiging, hätte man eigentlich auf Seiten der "Jössinger" eine starke Enttäuschung erwarten müssen. Die Reaktion war jedoch ganz anders. Nach dem 9. 4. spricht man überhaupt nicht mehr von der Invasion. Jedoch wird überall behauptet, daß sichere Anzeichen dafür vorliegen, daß der Krieg noch in diesem Herbst zugunsten der Alliierten entschieden werde. So wird aus Haugesund gemeldet, daß dort das Gerücht umlaufe, wonach kurz vor Ostern Rudolf Heß über den englischen Rundfunk eine Erklärung in deutscher Sprache abgegeben habe, worin er erklärte, daß der jetzige Krieg niemals durch Deutschland gewonnen werden könne. Am Schluß seiner Ausführungen soll Hess ein Kennwort oder eine Kennzahl genannt haben, die nur dem Führer bekannt sei und die also diesen bewiesen habe, daß die Rundfunkrede tatsächlich aus dem Munde von Hess gekommen sei."

In einer Bergener Meldung heißt es, daß man im dortigen Bereich für den 9. April fest die englische Invasion erhofft habe. Trotz dieser und der vielen anderen Enttäuschungen ähnlicher Art glaube die Bevölkerung immer wieder an die Richtigkeit neuer Termine.

Aus Farsund und Flekkefjord an der Südküste liegen ebenfalls Berichte vor, wonach die Bevölkerung aus Furcht vor der für die Ostertage erwarteten Invasion teilweise in die Berge gezogen sei.

Aus Larvik wird mitgeteilt, daß die Bevölkerung trotz der nach dem Nichteintreffen der englischen Invasion spürbaren Enttäuschung weiterhin an eine baldige Besetzung Norwegens durch die Engländer glaubt.

Aus Tromsø wird am 10.4. gemeldet, daß die Bevölkerung nach wie vor der Ansicht ist, daß die Engländer nach Eintritt der Schneeschmelze eine Invasion in Nordnorwegen vornehmen werden.

Aus Bodø wird berichtet, daß dort z.Zt. die vordringlichste Frage sei: "Kommen die Engländer nach Norwegen oder nicht?"

"Dabei berührt", so heißt es in dem Bericht weiter, "diese Frage weniger die Arbeiterschaft als die "besseren" Bevölkerungsschichten. Allgemein kann auch im übrigen Dienstbereich des Kommandeurs der Sipo und des SD Drontheim heute beobachtet werden, daß die breite Masse ziemlich abgestumpft ist und die augenblickliche Lage fast interessenlos verfolgt."

Aus Oslo und von den Gebieten an der schwedischen Grenze liegen Berichte vor, die darauf hinweisen, daß trotz des allgemeinen krampfhaften Festhaltens an der Invasions-Hoffnung ein deutlich spürbarer Pessimismus bei der Beurteilung der Aussichten eines solchen Unternehmens sich durchsetzt.

In einem in Oslo erfaßten Brief heißt es z.B. u.a.:

"Nun sind wieder 2 Monate vergangen, ohne daß etwas von dem, was wir wünschen und hoffen, in Erfüllung gegangen ist. Wir werden jetzt mißmutig."

Daß hinter den sich immer wiederholenden Hoffnungen auf eine englische Invasion nur eine sehr geringe wirkliche Überzeugung steht, wird im übrigen dadurch bestätigt, daß nach Meldungen fast sämtlicher Kommandeure und Außenstellen die allgemeine militärische Lage der Alliierten mit größter Zurückhaltung erörtert wird.

In einem Bericht aus Tromsø wird ausgeführt, daß die Auffassung, Rußland werde der kommenden deutschen Frühjahrsoffensive keinen wirksamen Widerstand leisten können, zum Teil sogar in englandfreundlichen Kreisen sich durchzusetzen beginne.

Drontheim teilt mit: "Die Erfolge der Japaner auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz haben tief beeindruckt. Hinsichtlich der Kriegsentscheidung im Osten ist allgemein eine abwartende und unsichere Haltung festzustellen."

Aus Bergen wird gemeldet: "Zur Kriegslage äußert man sich in den letzten Tagen wegen der sinkenden Versenkungsziffern sehr pessimistisch."

Inner fühlbarer tritt auch in stimmungsmässiger Beziehung die schwierige Versorgungslage in Erscheinung. So heisst es z.B. in dem Bericht eines Osloer Gewährsmannes: "Es kann nicht mehr übersehen werden, daß in der handarbeitenden Bevölkerung Oslos z.Zt. eine bittere Stimmung herrscht. Mit wem man auch spricht, der Kampf um das tägliche Brot interessiert am meisten und ist Thema fast aller Gespräche."

In Kristiansand ist die allgemeine Stimmung durch die außerordentlich schwierige Lage der Lebensmittelversorgung sehr stark im negativen Sinne bestimmt. In Drontheim wirkt sich die angespannte Versorgungslage in großem Maße verschlechternd auf die allgemeine Stimmung aus. Besonders wird über das Fehlen von Speisekartoffeln geklagt. In Finnmark steht ebenfalls die angespannte Versorgungslage weiterhin im Vordergrund des Interesses.

Der Besuch des Reichskommissars in Aalesund am 31. März 1942.

Der Besuch des Reichskommissars in Aalesund am 31.3.1942 hat nach den vom Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Drontheim getroffenen Feststellungen in der Bevölkerung einen außerordentlich tiefen Eindruck hinterlassen. Im besonderen Maße haben hierzu die von dem Reichskommissar angeordneten Maßnahmen -- Haussuchung nach Hamsterwaren in 70 Haushaltungen, Entzug der Karten des Vinmonopols und Rauchverbot (ausgenommen sind Arbeiter und Fischer) sowie Schließung des Aalesunder Lichtspielhauses -- beigetragen. Gerade die Tatsache, daß der Reichskommissar nicht die Stadt in ihrer Gesamtheit, wie es bei der Verhängung von Kontributionen oder der Einziehung der Radiogeräte geschehen ist, bestrafte, sondern nur gegen die intellektuellen Gegnerkreise unter Ausschließung der Arbeiter und Fischer Strafmaßnahmen verhängte, wurde in der breiten Maße der Bevölkerung im positiven Sinne aufgenommen.

B - G e g n e r .

=====

a) Widerstand:

Der 2. Jahrestag des deutschen Einmarsches in Norwegen, der 9. April, verlief allgemein sehr ruhig. Entsprechend der im Vorjahr gemachten Erfahrungen mußten an sich für diesen Tag Demonstrationen, Klebeaktionen und andere Äußerungen des Widerstandes erwartet werden. Allein schon die Propaganda für den 9. April war äußerst schwach. Die in den letzten Monaten vorgenommenen Festnahmen grösserer Widerstandsgruppen hatten den aktivistischen Teil der gegnerischen Bevölkerung erheblich geschwächt und eine Reihe der Organisationen, die sich mit der Herstellung und Verbreitung illegaler Hetzschriften befaßten und verbotene Sender abhörten, zerschlagen, so daß es auch an geeigneten Gruppen und Personen zur Durchführung grösserer Demonstrationen fehlte. Lediglich eine Hetzschrift "Eidsvold", die ein norwegischer Student einige Tage vor dem 9. April verbreitete, enthielt die Aufforderung, an dem Jahrestag des deutschen Einmarsches nach 18 Uhr die Straßen zu meiden. Eine umfassende polizeiliche Streifenstätigkeit in der Nacht vom 8. auf den 9. April verhinderte auch zu ihrem Teil eine grössere gegnerische Propaganda. In Oslo wurden nur im Stadtteil Sinsen ungefähr 10 Exemplare eines Hetzplakates mit der Überschrift "Tod den Mördern" erfaßt, und in der Innenstadt tauchten ganz wenige Hetzblätter auf mit der Parole, "der Nazi-Tyrannie zu gedenken und die Straßen nach 18 Uhr den Deutschen und ihren Trabanten zu überlassen". Der 9. April selbst blieb ruhig und normal. Nach 18 Uhr liess der Straßenverkehr leicht nach, wurde gegen 19 Uhr noch schwächer und stieg dann in den späten Abendstunden in einigen Stadtteilen wieder an. Kinos und Theater waren mässig besucht. In den anderen Städten des Landes verlief dieser Tag ebenfalls normal. Lediglich die als Widerstandszentrum bekannte Stadt Aalesund wies in der Zeit von 18 bis 21 Uhr fast keinen Straßenverkehr auf.

In der Berichtszeit wurden folgende neue Flugschriften erfaßt:

1. "Schwedische Presse über den Kirchenstreik in Norwegen", datiert: Stockholm, 8.3.42, unterzeichnet mit "Norsk Informasjonskontor". Das Flugblatt enthält 15 Auszüge aus schwedischen Zeitungen, die sich mit den Kirchenvorgängen in Norwegen befassen.
2. "Gebetskreis für Norwegen". Das Flugblatt enthält eine Aufforderung zur Gründung eines Gebetskreises für Norwegen und zum Abschluß an die Kirche, greift aber weder die Regierung noch die NS an und trägt weder Datum noch Unterschrift.
3. Bei der Überwachung der Inlandspost wurde das illegale Flugblatt "An die norwegischen Ingenieure" erfaßt. Danach sollen die Ingenieure bei der Zwangsorganisation aller Berufe eine klare Stellung einnehmen und die Mitgliedschaft in der neuen Organisation ablehnen, selbst wenn sie Gefahr laufen, die gleichen Repressalien wie die Lehrer und Juristen zu erleiden.
4. "Liberty-Bell". Das Blatt fordert zum Zusammenhalt und Widerstand auf, da die Freiheit nahe und Stalins Armee bereit stehe, Hitler zu Fall zu bringen. Ferner werden englische Nachrichten und innerpolitische Angelegenheiten besprochen.
5. "Halv åtte" (1/2 8 Uhr), ein mit Matrize hergestelltes Flugblatt, welches englische Nachrichten wiedergibt.
6. "Idag Situasjonene", den 8. April 1942" mit Auszügen aus der Göteborger Handels- und Seefahrtszeitung vom 20.3.1942.
7. "Rundskriv fra Kirke- og Undervisnings-Departementet". Diese Flugschrift ist ebenfalls mit Matrize hergestellt und kritisiert ein Rundschreiben des norwegischen Kirchen- und Unterrichtsministeriums.

Weitere 14 Hersteller und Verbreiter der illegalen Hetzschrift "Fri Fagbevegelse" wurden ermittelt und festgenommen.

b) Kommunisten.

Schon seit einiger Zeit waren Anzeichen vorhanden, dass sich aus der aufgelösten KPH heraus illegale Gruppen bildeten, die zunächst in den Gewerkschaften Boden zu gewinnen versuchten und die illegale Schrift "Fri Fagbevegelse" herstellten und verbreiteten. Nach eingehenden Erörterungen verstärkte sich der Verdacht, dass sich flüchtige kommunistische Führer in Oslo aufhielten und die illegale KPH organisierten.

Am 13.4.d.J. konnte einer dieser Führer, ein früherer Mitarbeiter eines kommunistischen Verlages und Leninschüler, nach dem bereits seit dem vorigen Jahr gefahndet wurde, in der Wohnung eines früheren Rotspanienkämpfers festgenommen werden. Bei ihm wurden ein Schein-Code, verschiedene gefälschte Ausweise, eine Reihe kommunistischer Flugblätter, Berichte über die illegale kommunistische Parteiarbeit in Norwegen, eine erst in diesem Jahr herausgegebene Broschüre mit einer Rede Molotows über angebliche von den deutschen Truppen in der Sowjet-Union begangene Greuelthaten und Zettelvermerke mit Angaben über die deutschen Truppen und Waffenstärke in Norwegen gefunden. Bei der Überwachung einer anderen Wohnung wurde ungefähr zur gleichen Zeit ein anderer Kommunist festgenommen, als er 2 Blätter mit verschlüsselten Angaben eines Feindsenders in den Briefschlitz einwerfen wollte. Die Vernehmung dieser beiden Festgenommenen ergab, dass sie zu einer kommunistischen Nachrichtengruppe gehörten, die politisch-militärische Nachrichten sammelte und bereits seit Anfang des Jahres 1940 nach Moskau, möglicherweise auch nach England, weitergab. Die weiteren Ermittlungen führten zur Festnahme anderer wichtiger Mitarbeiter und zur Auffindung und Sicherstellung der als Nachrichtenübermittlung benutzten Geheimsender.

x

Bei der Durchsuchung der Wohnung eines im Zuge dieser Aktion Festgenommenen wurden neben illegalen Flugblättern und einem Trommelrevolver mit Munition in einer Schachtel eingepackt vorgefunden:

- 56 Sprengkapseln,
- 3 m isolierter Klingeldraht,
- 1 Taschenlampenbatterie,
- 2 Beutel mit Calcium Chlorid, bzw. noch nicht festgestelltem Pulver,
- 1 Niveaudose enthaltend ein Gemisch von chlorsauerem Kali und Zucker,
- 1 Gummihülle mit einer hochempfindlichen Sprengstoffmasse sowie Putzwole.

Da die Chemikalien von der gleichen Art waren wie die, welche bei den Sprengstoffattentaten auf den Osloer Bahnhöfen verwendet worden sein mussten, wurden die Erörterungen in dieser Richtung geführt. Sie führten schliesslich zu dem Geständnis zunächst eines der Verhafteten, und im Anschluss an dieses Geständnis zu der weiteren Feststellung, dass zwei der in dieser Sache verhaftete Kommunisten teils allein, teils mit anderen, folgende Sprengstoffattentate durchgeführt haben:

1. Den geglückten Eisenbahnschlag bei Loenka und rechtzeitig entdeckte Anschläge auf dieselbe militärische Nachschubstrecke.
2. Die Sprengstoffanschläge auf den Osloer West- und Ostbahnhof in der Nacht zum 1. Februar 1942.
3. Den Anschlag auf die für deutsche Rüstungszwecke eingesetzte Waffenfabrik Norma in Oslo-Sinsen.
4. Den Sprengstoffanschlag auf ein Munitionslager im Osloer Westhafen am 13.4.1942, d.h. insgesamt 8 Sprengstoffanschläge.
5. Den Sprengstoffanschlag am Gartentor des Hauses eines Beamten der norwegischen Staatspolizei.

Ausserdem hat einer der Beteiligten einen bisher nicht bekannten Anschlagversuch auf den grossen Getreide-Silo am Oslo-Hafen unternommen. Dieser Versuch misslang jedoch, da sich bei der Vorbereitung der Täter an der Hand verletzte. Dieser Anschlag wurde deshalb auf später verschoben. Auch für den 20. April waren neue Sprengstoffanschläge besprochen worden. Es wurde weiter festgestellt, dass die Festgenommenen in Verbindung standen zu den fünf Attentaten in der Schiffssabotage-

sache Schaap/Wollweber gleichfalls in Norwegen verhafteten Kommunisten, die sich während der Festnahme-Aktion gerade auf dem Schiffstransport nach Hamburg befanden. Bei zwei in der Sache Schaap/Wollweber Festgenommenen ist bereits die Mittäterschaft an den Sprengstoffanschlägen in Oslo erwiesen. Gefahrdet wird zur Zeit noch nach drei Mittätern, wobei allerdings die Möglichkeit besteht, da nur teilweise die Decknamen der Mittäter bekannt sind, dass einer davon bereits unter anderem Namen festgenommen worden ist. Ein anderer dieser kommunistischen Gruppe, von dem bereits erwiesen war, dass er an Experimenten für Zeitränder mit Sprengkörpern teilgenommen hatte, ein früherer Rotspanienkämpfer, beging kurz nach seiner Festnahme durch einen Sprung aus dem Fenster des Dienstgebäudes der Sicherheitspolizei Selbstmord.

In dieser Sache wurde auch ein ehemaliger Verlagsdirektor des Arbeiterens-Verlages in Haft genommen. Bei ihm wurden falsche Ausweispapiere gefunden und festgestellt, dass er wahrscheinlich einer der führenden geistigen Köpfe an einer kommunistischen Führerbesprechung kurz nach Beginn des Krieges mit der Sowjet-Union teilgenommen hat, die in einem Heim des Bauarbeiter-Verbandes in der Umgebung von Oslo stattfand und bei der besprochen wurde, dass künftig nicht allein innerpolitisch gegen die Nasjonal Samling, sondern auch gegen die Deutschen illegal gearbeitet werden sollte. Neben diesem Hauptperson wurden 37 weitere Bekannte und Angehörige der überführten Täter und andere Verdächtige in Haft genommen. Die Ermittlungen werden weiter fortgesetzt.

- 11 -

c) K i r c h e .

Die Lage auf kirchenpolitischem Gebiet in Norwegen verschärfte sich in der Berichtszeit außerordentlich stark. Der ehemalige Bischof Berggrav sollte laut Kirchenzettel am Karfreitag, den 3. April 1942 in der Osloer Erlöser-Kirche sprechen, bekam jedoch vom Kirchendepartement am 2. April telegrafischen Bescheid, daß ihm das öffentliche Auftreten als Redner verboten sei. Ferner wurde ihm untersagt, sein Haus über Ostern zu verlassen. Das Redeverbot wurde vom Kirchendepartement verfügt, obwohl es ihm noch am 18. März ausdrücklich schriftlich gestattet hatte, öffentlich zu reden.

Am Karfreitag kam es vor der Erlöser-Kirche zu einer Demonstration der Kirchgänger, die von Hird-Angehörigen auseinandergetrieben wurde. Im Gottesdienst teilte ein Pfarrer der Erlöser-Kirche mit, daß Berggrav nicht sprechen werde, wodurch bei den Kirchgängern eine beträchtliche Erregung entstand.

Am 4. April wurde auf einer Versammlung von Pfarrern in der Markus-Gemeinde der Wortlaut einer Erklärung besprochen, die am Ostersonntag in den Kirchen verlesen wurde. Als geistiger Urheber dieser Erklärung ist Berggrav anzusehen, dem bei der Abfassung die Pfarrer Wisløff, Indrebö und Carlsen, Professor Hallesby und der Bürochef Hansson aus dem Justizdepartement behilflich waren.

Am Ostersonntag teilten die Pfarrer nach der Verlesung dieser Erklärung, die den Titel, "der Grund der Kirche" hat, mit, daß sie ihre Verbindungen mit dem Staate lösten, jedoch ihr geistliches Amt beibehalten wollten, aber vom Staat keinen Lohn und keine Order mehr entgegennämen. Dieser Amtsniederlegung schloss sich zunächst außer den NS-Pfarrern fast die gesamte protestantische Geistlichkeit des Landes an.

- 12 -

Wegen des erwiesenen Mitwirkens bei der Abfassung der Erklärung nahm die norwegische Staatspolizei den Bürochef Hansson am Ostermontag, die Pfarrer Wisløff, Indrebö und Carlsen am 8. April in Haft. Berggrav erhielt zunächst verschärften Hausarrest und wurde am Abend des 8. Aprils ebenfalls verhaftet und in das Osloer Brodtvedt-Gefängnis eingeliefert. Die Gottesdienste während der Ostertage verliefen im übrigen ohne besondere Zwischenfälle. Ministerpräsident Quisling veröffentlichte am 8. April in der Tagespresse eine ausführliche Erklärung über das Verhältnis der NS zur Kirche und stellte fest, daß Nasjonal Samling eine politische Bewegung sei, die für die Errichtung eines neuen Norwegens gegründet sei und nicht beabsichtige, sich in kirchliche Dinge einzumengen oder eine neue Religion zu schaffen. Wenn jedoch innerhalb der Kirche staatsfeindliche oder landesverräterische Wirksamkeit festzustellen sei, dann müsse hier scharf zugegriffen werden.

Am 9. April 1942 beschloß die norwegische Regierung neue Gesetze, nach denen Missionspfarrer, Pfarrer mit amerikanischem Examen und qualifizierte Laien ohne theologisches Examen zu geistlichen Ämtern zugelassen werden. Außerdem wurde die Ernennung der Bischöfe neu geregelt, der bisherige Bischofssitz in Kristiansand eingezogen und ein neues Bistum in Skien errichtet. Durch eine weitere gesetzliche Bestimmung wurde das frühere Bischofstreffen durch eine "Kirchliche Ratsversammlung" ersetzt, der der Ministerpräsident, die Bischöfe, der Kirchenminister und der Expeditionschef der Kirchenabteilung angehören sollen. Schließlich wurden vom Kirchendepartement Maßnahmen getroffen, um die bisherigen standesamtlichen Aufgaben der Geistlichen zivilen Stellen zu übertragen.

Nach der Verhaftung Berggravs war von norwegischer Seite beabsichtigt, ihn wegen Hochverrats, falscher Zeugenaussagen und Beleidigung des Führers Adolf Hitlers unter Anklage zu

- 13 -

stellen. Der Hochverrat sollte damit begründet werden, daß Berggrav als Haupt der gegnerischen Einheitsfront und geistiger Urheber der am Ostersonntag in den Kirchen verlesenen Rücktrittserklärung der Pfarrer, die Staatsbeamte sind, anzusehen sei. Falsche Aussagen sollte er insofern gemacht haben, als er es bei seiner Vernehmung vor der norwegischen Polizei ableugnete, den Inhalt des Gespräches, das er mit Quisling und einigen Ministern auf dem Osloer Schloß geführt hatte, dritten Personen mitgeteilt zu haben. Die Beleidigung des Führers sollte aus dem Material hervorgehen, das der Reichskommissar in seiner Rede während des Staatsaktes auf der Festung Akershus am 1. Februar 1942 veröffentlicht hatte. Nachdem von deutscher Seite Bedenken vorgetragen und einige Regierungsmitglieder ihre politischen und juristischen Einwendungen geltend gemacht hatten, wurden die Anklagepunkte des Hochverrats und der Beleidigung des Führers fallen gelassen. Berggrav sollte nunmehr nur noch wegen seiner falschen Aussagen vor der Polizei zur Rechenschaft gezogen werden. Nachdem der Herr Reichskommissar von einer Dienstreise zurückgekehrt war, verfügte er die Einstellung des Prozesses und die Haftentlassung. Berggrav wurde am 16. April wieder nach seinem Landhaus in Asker überführt, wo alle Vorkehrungen dafür getroffen wurden, daß er nicht mit der Außenwelt in Berührung kommen kann.

Die von der norwegischen Regierung weiter geplante Maßnahme, die ehemaligen Bischöfe aus ihren Bistümern auszuweisen, wurde ebenfalls vom Herrn Reichskommissar untersagt. Das Vermögen des ehemaligen Bischofs Hille aus Hamar wurde auf Anordnung Quislings beschlagnahmt mit der Begründung, daß Hille sich als besonders scharfer Gegner der NS erwiesen habe, und der Widerstand der Bevölkerung in Hamar und Umgebung auf Hilles Einfluß und Wirken zurückzuführen sei.

Die übrige Geistlichkeit des Landes erhielt am 8. April vom Kirchendepartement die telegrafische Aufforderung, bis zum 11. April mitzuteilen, ob sie ihre Ämter wieder aufnehmen sollen oder nicht. Für den Fall, daß sie ihre Ämter nicht wieder aufnehmen würden, wurde ihnen angedroht, innerhalb von wenigen Tagen Pfarrhaus und Wohnkreis verlassen zu müssen. Insgesamt haben 155 Pfarrer ihre Ämter nicht niedergelegt, das entspricht etwa 1/5 der ordinierten norwegischen Pfarrerschaft. Diese 155 verteilen sich wie folgt:

<u>Bistum:</u>	<u>Gesamtzahl der amtierenden Pfarrer:</u>	<u>Davon Ämter nicht niederge- legt</u>	<u>Prozent- zahl:</u>
Oslo	204	32	18,8
Kristiansand	86	18	20,9
Stavanger	42	6	14,3
Hamar	68	17	25,-
Drontheim	98	28	25,3
Bergen	104	54	51,9

Die Zahlen des Bistums Tromsø liegen noch nicht vor.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die anfänglich geschlossene Oppositionsfront bereits ziemlich stark aufgespalten ist. Auch das Kirchendepartement scheint gewillt zu sein, mit der Kirche wieder zu einer Einigung zu kommen. So hat es seine anfängliche Drohung an die Pfarrer, daß diese damit rechnen müßten, im Falle ihrer Amtsniederlegung innerhalb von wenigen Tagen ihren Abschied zu bekommen und ihren Pfarrhof verlassen zu müssen, insofern gemildert, als es eine öffentliche Mitteilung herausgab, daß nur der seinen Abschied bekäme, der einen entsprechenden Antrag stellte. Die übrigen Pfarrer hätten nach wie vor ihren Amtspflichten nachzukommen. Das Kirchendepartement beabsichtigt, zunächst nur denjenigen den Abschied

zu bewilligen, die bereits vor dem Kirchenstreit als besonders deutsch- und NS-feindlich in Erscheinung getreten sind. Ferner nahm das Kirchendepartement bereits Verhandlungen mit dem Professor der Gemeindefakultät, Vold, auf, um den Versuch einer Kompromiss-Lösung zu machen. Außerdem besteht der Plan, eine gemischte sechsköpfige Kommission von Pfarrern einzusetzen, die nach Abschluß der Durchsicht des beim Kirchendepartement vorliegenden Materials ein Gutachten darüber ausarbeiten soll, ob das Kirchendepartement in die Fragen der Wortverkündigung oder in innerkirchliche Fragen eingegriffen hat, bzw. ob es sich bei den bisher vom Kirchendepartement getroffenen Maßnahmen um die Durchführung reiner Verwaltungsaufgaben handelt.

Das immer schärfer werdende Vorgehen der norwegischen Regierung gegen Berggrav wirkte sich in der Bevölkerung zunächst dahin aus, daß sich der Widerstand der Kirchenfront und zugleich auch das Ansehen Berggravs auf das stärkste festigten. Nach der vom Reichskommissar veranlassten Überführung Berggravs aus dem Polizeigefängnis in sein Landhaus in Asker und nach der inzwischen erfolgten Freilassung der Pfarrer Indrebö, Carlsen und Wisløff sowie durch die oben beschriebenen einlenkenden Maßnahmen des Kirchendepartements ist eine merkliche Beruhigung der Lage festzustellen.

C - Lebensgebiete.

a) Innerpolitische Lage.

Sowohl innerhalb der Regierung Quisling als auch in führenden gegnerischen Kreisen werden die Konflikte, die die gegenwärtige innerpolitische Situation kennzeichnen, als die entscheidende Auseinandersetzung um die politische und geistige Neuordnung Norwegens gedeutet.

In führenden NS- und Regierungskreisen läßt man durchblicken, daß die gegenwärtige innerpolitische Krise nicht nur wegen des hartnäckigen gegnerischen Widerstandes außerordentliche Anforderungen an die Regierung stellte, daß vielmehr darüberhinaus die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei und Regierung selbst als auch mit verantwortlichen deutschen Stellen eine fühlbare Belastung dargestellt hätten und zum Teil noch darstellten. Zeitweilig habe sich die Regierung einer dreifachen Frontbildung gegenübergesehen: der gegnerischen, der innerparteilichen und der deutschen Front.

Wie hier vorliegende Unterlagen bestätigen, hatte man im gegnerischen Lager bereits kurz nach Erlaß der ersten Gesetze der Regierung Quisling erkannt, daß es der Nasjonal Samling bei diesen Maßnahmen nicht nur auf die Beseitigung des Widerstandes in diesem oder jenem Berufsverband ankam, sondern daß diese Gesetze beabsichtigten, einen grundsätzlichen Umbau des gesamten öffentlichen Lebens Norwegens im Sinne der Nasjonal Samling durchzusetzen.

In einem in Bergen in 18 Exemplaren erfaßten illegalen Mitteilungsblatt, das insbesondere an die norwegischen Ärzte gerichtet zu sein scheint, heißt es z.B. u.a.:

"Auch andere Dinge machen einen Protest erforderlich. Der tiefere Grund, die Berufsausübenden in Verbänden zusammenschließen, ist nicht der unschuldige "fachliche", mit dem in beruhigenden Pressemitteilungen geprahlt wird, sondern die Absicht, eine Grundlage für den Riksting zu schaffen. Der Staat soll auf dem korporativen Prinzip

aufgebaut werden und dann soll es heissen, das ganze Volk sei in dem neuen Geist organisiert. Hierbei können wir nicht behilflich sein, solange die tragenden Prinzipien dieses Geistes in krassestem Widerspruch zu dem stehen, was wir für recht und richtig halten."

In einem hier vertraulich erfaßten Rundschreiben, das offenbar von ehemals führenden Persönlichkeiten der Norwegischen Ingenieur-Vereinigung (N.J.S.) verfaßt ist, wird darauf hingewiesen, daß die NJS anfangs geraten habe, eine eventuelle Zwangsorganisation durch die NS ruhig hinzunehmen. Die Lage habe sich aber jetzt so völlig geändert, daß es Pflicht eines jeden Mannes geworden sei, zu erklären, daß er mit der Weltanschauung, die durch die neuen Organisationen gefördert werden sollte, nicht einig sei. Es würde eine Schande für den Stand der norwegischen Ingenieure sein, wenn sie in der gemeinsamen Front der Geistlichen, Lehrer, Juristen und Eltern fehlen würden.

In einem in Bergen erfaßten Brief eines Ingenieurs heißt es u.a.:

"Wir gedenken, unsere Arbeit so gut und so lange zu machen, wie wir die Erlaubnis haben. Kommt aber die Forderung, daß z.B. die Ingenieure in einer NS-Vereinigung zusammengeschlossen werden sollen, weigern wir uns alle wie ein Mann. Ich gehe voran. Der norwegische Ingenieurverein hat jetzt vielleicht noch 20 Mitglieder. Die Nasjonal Samling hat sich so weit hineingewühlt, daß es keinen Rückweg gibt. Sie kommt dazu, das Ganze in den Graben zu fahren, bis die Deutschen finden, daß es genug ist. Quisling hat bestimmt das ganze deutsche System lächerlich gemacht. Und so wollen wir hoffen, daß der Griff, den die Deutschen um ganz Europa haben, sich zu lockern beginnt."

Ein gegnerisch eingestelltes Mitglied des "Undervisningsraad" (Unterrichtsausschuß) erklärte in einer vertraulichen Unterhaltung u.a., daß der allgemeine Widerstand gegen die Zwangsorganisationen sich nicht zuletzt daraus erkläre, daß man verstanden habe, wie sehr es sich hier um eine grundsätzliche

Institution der politischen Neuordnung handele. Wenn der Lehrerverband einerseits auch nur ein reiner Fachverband sein solle, so sei er doch, wie alle übrigen "Samband-Gründungen" der neuen Staatsführung in letzter Linie nichts anderes als ein ausgesprochener Faktor des neuen ständestaatlichen Prinzips der Nasjonal Samling, d.h. des Versuches einer staatlichen Neuordnung in Norwegen schon während der Dauer des Krieges. Ein solches Vorhaben müsse von der Mehrheit des norwegischen Volkes als ein allergrößtes Unglück betrachtet werden.

Wie stark das Bewußtsein ist, daß es bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung zwischen Staat und NS auf der einen Seite, und Kirche und Berufsständen auf der anderen Seite um grundsätzliche Fragen der Weltanschauung und Staatsauffassung geht, lehrte u.a. auch eine Befragung von in Bergen festgenommenen Lehrern über den Grund ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Lærersamband.

Denselben Eindruck schließlich vermittelt auch die Berichterstattung der Kommandeure und Außenstellen über die stimmungsmässige Reaktion der Bevölkerung in der Lehrer- und Kirchenfrage. Besonders aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang ein Bericht aus Stavanger, aus dem hervorgeht, daß nur wenige Norweger überhaupt über die äußeren Anlässe des Kirchen- und Lehrerkonfliktes unterrichtet sind, daß der Widerstand der Lehrer und anderen Berufsgruppen aber trotzdem bejaht wird und zwar aus der Auffassung heraus, daß es sich bei dieser Auseinandersetzung darum handelt, daß das norwegische Volk auch in Zukunft so leben kann, wie es ihm recht ist. "Der Kampf der Lehrer und der Geistlichkeit ist also ein Kampf für die Freiheit des ganzen norwegischen Volkes."

Abgesehen von Tromsø, von wo eine gewisse Beruhigung der innerpolitischen Situation gemeldet wird, wird von allen übrigen Kommandeuren und Außenstellen berichtet, daß der Kirchen- und Lehrerkonflikt nach wie vor im Mittelpunkt des Interesses stehe und keine Veränderung in der Haltung der Bevölkerung festzustellen sei.

- 19 -

Es ist ganz offensichtlich, daß diese Festigkeit der gegnerischen Front innerhalb der Partei und selbst innerhalb der Regierung erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Art des Vorgehens ausgelöst hat. Besonders in der breiten Parteimitgliederschaft und der mittleren Führungsschicht der Bewegung ist die Behandlung der verschiedenen innerpolitischen Probleme durch die Regierung nicht immer gebilligt worden. Selbst die Person Quisling wird weniger häufig, als es früher üblich war, von dieser Kritik ausgenommen.

Diese innerparteiliche Situation findet vielfach ihren Ausdruck in einer deutlich feststellbaren unsicheren Haltung der Parteimitglieder. So wird z.B. aus Bergen berichtet:

"Es stellt sich immer mehr heraus, daß die breite Masse der NS nicht mit einem solchen anhaltenden Widerstand der Lehrer gerechnet hat und dieser auch nicht durch die inzwischen erfolgte Festnahme einer Anzahl Lehrer gebrochen werden konnte. Die bisher in der NS bei Schwierigkeiten immer vorhandene Zuversicht, daß es letzten Endes "doch schon irgendwie gehen würde", hat in der Lehrerfrage zum ersten Mal einen offensichtlichen Knacks erhalten, der sich sichtlich auf den Großteil der NS-Mitglieder stimmungsmässig negativ auswirkt."

Das Bewußtsein, daß von Seiten der Regierung in den letzten Wochen und Monaten Fehler gemacht worden sind, ist sowohl in der Partei als auch in der Regierung fast allgemein. Teilweise wird allerdings der Versuch unternommen, die Schuld für die gegenwärtige Krise irgendwie auf die Deutschen abzuschieben. So ist immer wieder zu hören - wie bereits in den vorigen "Meldungen aus Norwegen" berichtet - , daß der Reichskommissar eigentlich den Konflikt mit der Kirche in Gang gesetzt hätte. Besonders deutlich trat jedoch die Tendenz, die Schuld für die gegenwärtige Krise auf die Deutschen abzuschieben, im Zusammenhang mit der Festnahme der streikenden Lehrer zutage. Die Einmütigkeit, mit der von zahlreichen Norwegern und auffallenderweise besonders von solchen NS-Leuten, die kürzlich an einer Propagandistentagung in Jessheim

teilgenommen hatten, behauptet wird, daß die Festnahme der streikenden Lehrer eine deutsche Angelegenheit sei, läßt darauf schliessen, daß man bewußt diese Version zumindest gefördert hat.

Die innerparteilichen Erörterungen haben vor allen Dingen die Frage der Zweckmässigkeit des Vorgehens der Regierung gegen die Kirche sowie die Zweckmässigkeit der Zwangsverbands-gesetzgebung zum Gegenstand.

Die Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Behandlung der Kirchenfrage traten besonders deutlich zutage, als die Regierung den Plan aufnahm, gegen den ehemaligen Bischof von Oslo Berggrav einen Prozeß durchzuführen. Zunächst war vorgesehen, Berggrav wegen :

- 1.) Hochverrats,
- 2.) falscher Aussagen vor der Polizei und
- 3.) Beleidigung des Führers Adolf Hitler

unter Anklage zu stellen. Auf Vorstellungen deutscherseits hin wurden dann Punkt 1) und Punkt 3) der Anklage fallen gelassen, so daß für den 13. April vorgesehene Prozeß lediglich die falschen Aussagen Berggravs vor der Polizei behandeln sollte. Dieser Punkt der Anklage stützte sich auf die Behauptung, daß Berggrav gelegentlich einer Vernehmung durch die Polizei insofern die Unwahrheit gesagt haben sollte, als er aussagte, daß er den Inhalt einer Ende März zwischen ihm - Berggrav - und Quisling sowie einigen anderen Ministern geführten Gesprächs dritten Personen nicht mitgeteilt habe.

Gegen den Plan dieses Prozesses wurden nicht nur von deutscher Seite größte Bedenken geäußert, sondern auch von einer Reihe führender NS-Mitglieder, denen die Absicht, Berggrav den Prozeß zu machen, bekannt geworden war. Besonders wurden von den Volksgerichtsrichtern rechtliche Bedenken geltend gemacht, die schließlich in der Forderung gipfelten, Quisling solle ihnen vor Durchführung des Prozesses die Unabhängigkeit ihres richterlichen Amtes versichern.

- 21 -

Die Diskussion um den Prozess wurde schließlich dadurch abgeschlossen, daß der Reichskommissar nach seiner Rückkehr aus Finnland entschied, daß ein Verfahren gegen Berggrav nicht durchgeführt werden dürfe und daß Berggrav aus der Haft entlassen und in seiner Privatwohnung interniert werden müsse.

Besonders deutlich wurden jedoch die innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten bei der Behandlung der Frage der Zwangsorganisation der freien Berufe. Allgemein wird von zahlreichen NS-Mitgliedern - darunter hohen NS-Führern und Departementsbeamten - festgestellt, daß bei der Behandlung dieses Problems fast vollkommen eine einheitliche Linie gefehlt habe. Das Ganze sei ein "Wettrennen der einzelnen Minister mit dem Ziel einer möglichst schnellen Zwangsorganisation der in ihrem Geschäftsbereich fallenden freien Berufe" gewesen. Der Mangel einer einheitlichen Lenkung der gesamten Berufsverbände-Gesetzgebung sei dafür verantwortlich zu machen, daß man sich plötzlich einer einheitlichen Front der verschiedensten Berufe gegenübergesehen habe.

In diesem Zusammenhang wurde bekannt, daß von Seiten des Innenriksraads D a h l im Innendepartement ein Gesetz in Vorbereitung war, wonach die Angehörigen aller freien Berufe sich ab sofort als Mitglieder ihres jeweiligen Berufsverbandes zu trachten hätten. Die Ausführungsbestimmungen, die nach und nach die Verhältnisse in den einzelnen Berufen im Sinne dieses Gesetzes ordnen sollten, sollten hintereinander in gewissen Zeitabständen von den zuständigen Ministerien herausgegeben werden. Die Durchführung dieses Planes wurde jedoch dadurch verhindert, daß ohne Kenntnis voneinander von den einzelnen Ministerien die Zwangsorganisationsgesetze herausgegeben wurden.

Besonders scharf waren offenbar die Gegensätze innerhalb des Departements für Volksaufklärung und Kultur. Während der Minister Dr. Lunde die Auffassung einer möglichst radikalen Verfolgung des Gedankens des Zwangsorganisationswesens vertrat, wurde diese Linie von einer ganzen Reihe der höchsten Beamten seines Departements nur mit den größten Bedenken verfolgt.

Die innerhalb des Departements für Volksaufklärung und Kultur zum Austrag gekommenen Meinungsverschiedenheiten betrafen vor allen Dingen die Behandlung des Pressesambands und die von Minister Lunde geforderte Aufstellung eines Schauspieler-"sambands".

Ähnliche Meinungsverschiedenheiten werden im übrigen aus fast allen Ministerien, die an der Zwangsorganisations-Gesetzgebung beteiligt waren, berichtet.

Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den deutschen verantwortlichen politischen Stellen und der Regierung erreichten ihren Höhepunkt bei der Behandlung der Frage eines Prozesses gegen Bischof Berggrav. Diese Frage wurde, wie bereits oben erwähnt, durch eine Entscheidung des Reichskommissars geregelt.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß seit etwa einem halben Jahr innerhalb des Staatsrats- bzw. Minister-Kollegiums sowie in der Nasjonal Samling Tendenzen feststellbar waren, die auf eine möglichst scharfe Distanzierung von den Deutschen hinausliefen. Besonders deutlich sichtbar wurden diese Tendenzen nach dem 1. Februar 1942. Sie fanden ihren Ausdruck vor allen Dingen in dem Bestreben einzelner Departementschefs, die entsprechenden Hauptabteilungsleiter bzw. Abteilungsleiter des Reichskommissariates weder zu unterrichten noch zur Beratung heranzuziehen. In diesem Zusammenhang sind besonders die Minister Lunde, Skancke und Blehr zu nennen. Der sich durch dieses Verhalten auf deutscher Seite bildende Eindruck einer wachsenden Ablehnung des deutschen Einflusses wurde noch verstärkt durch eine ganze Reihe zweideutiger Wendungen in Minister-Reden. Eine weitere Bestätigung dieser Tendenzen brachten die Stimmungsberichte der Kommandeure und Außenstellen, die ebenfalls eine zunehmende Ablehnung des deutschen Einflusses erkennen liessen.

In diesem Zusammenhang wurde auch deutlich, daß es innerhalb der Partei Kräfte gab, denen an einer Förderung der Norwegischen Legion und an einem Zugang zu den Standorte "Nordland" nicht gelegen schien. Tatsächlich war der Zugang von Norwegern zu diesen beiden Einheiten fast restlos zum Stehen gekommen.

Eine langsame Änderung dieser Haltung weiter Partei- und Regierungskreise setzte mit dem zunehmenden innerpolitischen Widerstand ein. Zahlreiche Departements-Beamte, die mit den ihnen gegebenen Anweisungen nicht zufrieden waren, suchten bei deutschen Dienststellen Rat. Beobachtungen dieser Art konnten z.B. beim Departement für Volksaufklärung und Kultur gemacht werden.

Auch setzte sich offenbar langsam die Erkenntnis durch, daß man mit den Distanzierungsbestrebungen zu weit gegangen war. Die bereits in den vorigen "Meldungen aus Norwegen" gemeldete Bereitwilligkeit der Nasjonal Samling, 500 Freiwillige für die Norwegische Legion zu stellen, dürfte als ein Teilstück dieses Prozesses anzusehen sein.

Aus verschiedenen Äußerungen führender Männer der Partei und Regierung ergibt sich deutlich, daß man innerhalb der Regierung zu der Befürchtung neigte bzw. noch neigt, daß die Festigkeit des gegnerischen Widerstandes gegen die Nasjonal Samling auf deutscher Seite zum Anlaß einer Revision des "25. September 1940" genommen werden könnte.

Es werden daher in Kreisen der Regierung folgende Gesichtspunkte herausgestellt:

1. Die gegnerischen Kreise wußten am 1. Februar, daß nunmehr der Kampf um die wirkliche Neuordnung Norwegens endgültig entschieden wird. Sie waren daher entschlossen, eine innerpolitische Auseinandersetzung herauszufordern mit dem Ziele, die Unmöglichkeit der Durchsetzung der Grundsätze der Nasjonal Samling nachzuweisen.
2. Bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit der Kirche und den freien Berufsständen handelt es sich um den Endkampf um die norwegische Neuordnung. In einer solchen Phase eines Kampfes pflegen immer die Gegensätze noch einmal besonders hart aufeinander zu prallen.

3. Die gegenwärtige Auseinandersetzung stellt im Augenblick zwar eine erhebliche Belastung der innerpolitischen Lage dar, hat aber auf die Dauer gesehen den Vorteil, daß schon heute die wichtigsten Positionen der Kirche und des Schulwesens, d.h. vor allen Dingen der Apparat zur Beeinflussung und Erziehung der Jugend, im Sinne der Nasjonal Samling besetzt werden können. Stehe man die gegenwärtige Auseinandersetzung durch, so sei der Widerstand ein für allemal gebrochen.

In diesem Zusammenhang wird von bestimmten Parteikreisen darauf aufmerksam gemacht, daß eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Kirche früher oder später doch gekommen wäre. Daß sie heute - d.h. vor Beendigung des Krieges mit England und Sowjetrußland komme - habe den Vorteil, daß sich die Kirche mit dem zum Untergang verurteilten England und dem in einer ruhigen politischen Atmosphäre allgemein vom norwegischen Volk abgelehnten Sowjetrußland identifiziere. Dieser Umstand bedeute, daß die Kirche in den Sog des Untergangs Englands und Sowjetrußlands kommen werde.

Von Vertretern dieser Auffassung wird u.a. auf einen Absatz in dem am 8. April in "Fritt Folk" veröffentlichten Artikel Quislings über "Nasjonal Samling und die Kirche" hingewiesen. Es heißt dort:

"Auch die große Weltkrise, die unsere Zivilisation durchmachen muß, hat sicherlich einen religiösen Kern und ist vielleicht dadurch hervorgerufen worden, daß das religiöse Fundament unserer Zivilisation nach und nach untergraben worden ist. Somit scheinen auch diesem historischen Zeitereignis neue religiöse Gedanken und religiöse Neuordnungen sicher zu folgen."

4. Deutschland ist der Nasjonal Samling in gewisser Beziehung verpflichtet.

Ein wesentlicher Mangel in der Position der Nasjonal Samling ist der Umstand, daß sie zu Beginn ihrer Machtübernahme zahlenmässig nur sehr klein war. Dies war aber in der Hauptsache eine Folge der Tatsache, daß die Nasjonal Samling im

Laufe ihrer gesamten Geschichte sich ständig mit dem in der ganzen Weltöffentlichkeit verhaßten nationalsozialistischen Deutschland identifiziert hat. Der "Naziterror in Deutschland", die "Judenverfolgungen des Herbstes 1938", der "Überfall auf Österreich und die Tschecho-Slowakei" und vor allen Dingen der sowjetrussisch-deutsche Pakt des Jahres 1939 haben eine Aufwärtsentwicklung der Partei unmöglich gemacht.

5. Ferner wird neuerlich angeführt, daß sich bereits die ersten Anzeichen eines Weichens des gegnerischen Widerstandes zu zeigen beginnen. Man weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Niederlegung der Ämter durch die Pfarrer eine nur sehr unvollständige Maßnahme geblieben sei. Ein großer Teil der Pfarrer sei bereit, entgegen den von gegnerischer Seite ausgegebenen Parolen in seiner Stellung zu verbleiben. Auch bei den Lehrern seien deutliche Anzeichen eines schwindenden Widerstandes festzustellen.

In diesem Zusammenhang kann darauf hingewiesen werden, daß die weitaus größte Zahl der in Drontheim in Haft befindlichen Lehrer sich nunmehr bereit erklärt hat, in den Laerersamband einzutreten. Welche grundsätzliche Bedeutung diesem Entschluß zukommt, läßt sich z.Zt. noch nicht übersehen. Tatsächlich wird aber auch aus anderen Haftlagern gemeldet, daß zahlreiche Lehrer sich dahingehend geäußert haben, sie würden sofort dem Laerersamband beitreten, wenn von deutscher Seite präzisiert würde, daß die Errichtung des Laerersambands mit Billigung der verantwortlichen deutschen Stellen geschehen sei.

Belastend wirkt sich auf der anderen Seite die Tatsache aus, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten der letzten Woche für die Regierung nicht ohne Prestigeverlust geblieben sind.

So wird z.B. die Entlassung des ehemaligen Bischofs Berggrav aus der Haft in gegnerischen Kreisen dahingehend gedeutet, daß Quisling von den Deutschen "zurückgerufen" worden sei.

Ebenfalls als Prestigeverlust der Regierung wird die Tatsache gewertet, daß die für den 1. Mai 1942 vorgesehene Ausrufung

- 25 -

des "Norsk arbeidssamband" (einer Art norwegischen DAF) auf einen unbestimmten späteren Termin verschoben worden ist.

Der Plan der Errichtung von "Norsk arbeidssamband" war einer breiteren Öffentlichkeit durch Leitartikel in "Fritt Folk" sowie durch die als Organ von Norsk arbeidssamband vorgesehene neue Zeitung "Norsk arbeidsliv" und endlich durch illegale Flugblätter bekannt.

Die inzwischen ebenfalls in gegnerischen Kreisen bekannt gewordene Aufschiebung der Gründung von Norsk arbeidssamband wird fast allgemein dahingehend gedeutet, daß die Regierung aus Furcht vor einem allgemeinen Streik von der Durchführung ihres Planes zurückgetreten sei. Eine andere Version besagt dagegen, daß die Nichtdurchführung dieses Planes einem deutschen Einspruch zu verdanken sei.

Nasjonal Samling.

Der hartnäckige Widerstand, auf den die Regierung Quisling in den ersten 3 Monaten ihrer Amtszeit gestossen ist, hat - wie bereits in dem Teil "Innerpolitische Lage" berichtet - innerhalb der Partei ganz offenbar die Neigung verstärkt, sich in kritischer Weise mit führenden Partei- und Regierungskreisen auseinanderzusetzen. Die Kritik betrifft nach den vorliegenden Meldungen nicht nur die gegenüber den Gegnern angewandten Methoden, sondern richtet sich in zahlreichen Fällen auch gegen das innerparteiliche und private Auftreten hoher NS-Führer.

Ein zuverlässiges NS-Mitglied - kleiner Beamter der Osloer Stadtverwaltung - äußerte sich z.B. dahingehend, daß es ihm so vorkomme, als ob das Ganze dazu verurteilt sei, zu mißlingen. Die ganze Nation sei dagegen und es sähe so aus, als ob selbst viele innerhalb der Partei das Vorgehen der Regierung nicht billigten. Die ganze NS bestehe nur aus Intrigen und einem dauernden Kampf um höhere und besser bezahlte Stellungen. Die NS-Mitglieder sollten den anderen Norwegern mit einem guten Beispiel vorangehen. Wenn man aber alle die Schleichhandelsgeschäfte der Parteimitglieder sehe, so sollte man es nicht glauben, daß dieselbe Partei strenge Strafen gegen den Schwarzhandel herausgegeben habe.

Ein anderes Osloer NS-Mitglied erklärte Folgendes:

"Die verschiedenen Intrigenspiele in der NS werden unter den Mitgliedern mehr und mehr bekannt. Man hat so gut wie möglich versucht, diese Vorgänge zu verbergen. Auf die Dauer war es jedoch nicht zu vermeiden, daß auch die breiteren Mitgliederkreise hiervon Kenntnis erhielten. In der letzten Zeit macht sich darum ein steigendes Mißvergnügen unter den Mitgliedern bemerkbar. Wo einige NS-Mitglieder zusammen-treffen, wird über diese verschiedenen Intrigen diskutiert."

Ein weiteres Mitglied der Nasjonal Samling aus Oslo berichtete Folgendes:

"Ich kann erzählen, daß mehrere Menschen, und es handelt sich dabei um Leute mit Urteilsvermögen, geradeaus erklärt haben, daß sie es als eine Erleichterung fühlen würden, wenn Norwegen ein Protektorat werden würde, damit endlich dieser fürchterliche Dilettantismus einer Regierung von Schwachköpfen aufhören würde. Das sind starke Worte, aber es sind viele, die das meinen. Sie sind nicht aus opportunistischen Gruppen, die auf eine Protektoratslösung spekulieren. Es sind Leute, die einen Ekkel bekommen haben vor dem unheimlichen Tanz um das "Goldene Kalb", den viele der führenden Persönlichkeiten in ihrer Eitelkeit aufführen."

Einer besonders scharfen Kritik ist nach wie vor der Reichs-ökonomiechef Throndssen ausgesetzt. Man erzählt sich, daß Throndssen neben seinem Gehalt als Ökonomiechef noch Einkünfte aus dem Hird-Depot, der Rikstrykkeri (Reichsdruckerei) und dem Restaurant "Viktoria" bezieht. Neuerlich erzählt man sich, daß Throndssen eine Versicherungsgesellschaft gegründet habe, die die Versicherungsobjekte der Gemeinde Aker - deren Ordfører Stenersen bislang der Freund Throndssens gewesen war - übernehmen soll. Gerüchte über Throndssen werden auch aus Fredrikstad gemeldet.

Desgleichen beschäftigt man sich neuerlich mit dem Sozialminister Lippestad, der unter Osloer Arbeitern den Beinamen "Flötefjeset" (Sahnegesicht) trägt. Man erzählt sich von Lippestad, daß er sich mit Gewalt einer Villa im Kirkeveien in Oslo bemächtigt, die Besitzerin - eine Frau Lövenskiold - herausgesetzt und in seine eigene alte Wohnung habe ziehen lassen.

Aus Östfold wird gemeldet, daß in Sarpsborg eine Schwarzhandelsaffäre, an der ausschließlich NS-Mitglieder beteiligt waren, größtes Aufsehen erregt habe. In der Bevölkerung wird davon gesprochen, daß der Fylkesfører und der Fylkesmann

bemüht seien, daß gegen die beteiligten NS-Mitglieder eingeleitete Verfahren niederschlagen. Tatsächlich macht jedoch der Fylkesmann seinen Einfluß dahingehend geltend, daß der beteiligte Ordfører seines Amtes enthoben wird.

In einem Bericht aus Tromsø wird die Äußerung eines dortigen NS-Mitgliedes wiedergegeben. Diese Äußerung beschäftigt sich ebenfalls mit den Verhältnissen in der Partei. Es heißt dort u.a.:

"Es darf nicht verwundern, daß viele NS-Mitglieder ihren heranwachsenden Söhnen und Töchtern den Eintritt in die NS verwehren, um die moralische Gefährdung der heranreifenden Jugendlichen zu verhindern. Die bisherigen Festlichkeiten trugen stets eine recht lockere und wenig ehrbare Form. Außerdem befinden wir uns in einer ernstesten Kampfzeit, in der norwegische Söhne mit deutschen Kameraden an der Front ihr Leben einsetzen. Die Art der Durchführung von Kameradschaftsabenden der NS mit Besäufnissen ist den "Jössingern" zur Genüge bekannt und wird entsprechend kommentiert."

Im Zusammenhang mit den Intrigen innerhalb der Partei hat besonders der kürzlich vor dem Parteigericht stattgefundene Prozeß gegen den Abteilungsleiter im norwegischen Rundfunk Dr. Mehle Aufsehen erregt. Mehle hatte gegen den damaligen Reichsbevollmächtigten für den norwegischen Rundfunk Christie mehrfach beleidigende Äußerungen getan. Er hatte ihn u.a. als einen "senilen alten Idioten" bezeichnet, hatte behauptet, daß Christie seine Stellung als Reichsbevollmächtigter dazu benutzt habe, freimaurerische Umtriebe zu machen, und hatte schließlich Christie als vollkommen untauglich für seine Stellung als Reichsbevollmächtigter bezeichnet. Dr. Mehle wurde für schuldig befunden und verwarnt.

Eine oft sehr scharfe Kritik wird selbst innerhalb der Partei gegen das Auftreten führender NS-Männer vor der Öffentlichkeit geäußert.

Anlässlich einer Propagandareise des Justizministers Riisnäs ergingen an englandfreundliche Norweger in den Orten Arendal, Lillesand, Farsund und Flekkefjord schriftliche Einladungen, die u.a. den Hinweis enthielten, daß im Falle des Fernbleibens von der jeweiligen Versammlung mit der Festnahme zu rechnen sei. Die schriftlichen Einladungen wurden z.B. in Farsund durch die norwegische Staatspolizei ausgetragen. Trotz dieser Drohung erschienen verschiedene eingeladene Personen nicht. Von einer Festnahme wurde - angeblich auf Veranlassung von Minister Riisnäs - abgesehen. Dagegen wurden die betreffenden Personen mit erheblichen Geldbussen belegt. Dem Rechtsanwalt Johansen in Farsund wurde auf Veranlassung von Minister Riisnäs eröffnet, daß er seine Praxis nicht mehr ausüben könne, weil er der Versammlung ferngeblieben sei.

Zu dem Vortragsabend in Arendal und Grimstad wurden am 15.3. norwegische Kommunalbeamte schriftlich eingeladen. Wegen Nichterscheinens wurden in Arendal 7 und in Grimstad ein Beamter sofort aus dem Dienst entlassen.

Aus Tromsø wird berichtet, daß der neue kommissarische Fylkesmann von Finnmarken Tokle entgegen einer ausdrücklichen Anweisung der Dienststelle des Reichskommissars in Vardö eine Lehrerversammlung durchführte und bei dieser Gelegenheit die Lehrer aufforderte, dem Laerersamband beizutreten. Da sämtliche Lehrer den Beitritt jedoch ablehnten, ließ er sämtliche 15 anwesenden Lehrer durch die norwegische Staatspolizei festnehmen und im geschlossenen Zug durch die Stadt Vardö abführen. Hierbei kam es zu Sympathiekundgebunden der Bevölkerung für die Lehrer. Tokle ist auf Veranlassung des Reichskommissars seiner Stellung enthoben worden.

Zusammenfassend läßt sich über die gegenwärtige Stimmung in der breiten Masse der NS-Mitglieder sagen, daß das Selbstbewußtsein der Partei durch die zahlreichen partei-internen Auseinandersetzungen sowie durch das häufig ungeschickte

Vorgchen einzelner Parteiführer einen empfindlichen Schlag bekommen hat. Dies ist umso bemerkenswerter, als in der Partei die militärische Situation der Achsenmächte absolut optimistisch beurteilt wird.

Es ist ganz offenbar, daß hinter der Kritik an einzelnen Vorkommnissen und Persönlichkeiten in der Partei vor allen Dingen der Wunsch nach einer strafferen Führung steht.

Es war schon vor einiger Zeit in den Meldungen aus Norwegen darauf hingewiesen worden, daß von NS-Mitgliedern der Gedanke erörtert werde, in Gestalt eines "Chefs der Parteikanzlei" eine beaufsichtigende und unbestechliche Stelle zu schaffen. Dieser Gedanke ist in der Zwischenzeit weiter diskutiert worden und hat nunmehr auch in breiteren Parteikreisen Fuß gefaßt. In einer Äußerung eines Osloer NS-Mannes heißt es z.B.:

"Anzustreben wäre die Schaffung einer Kanzlei, die eine beaufsichtigende Funktion auszuüben hätte und durch eine tüchtige mit organisatorischen Fähigkeiten begabte, tatkräftige und unbestechliche Persönlichkeit geleitet werden müßte. Die Kanzlei hätte besonders die Aufgabe, dem Ministerpräsidenten über alles Bericht zu erstatten und zwar in einer Form, die durch keinerlei Schönfärberei entstehend wirken könnte. Für diese Aufgabe käme nur ein Mann in Frage, der fest in der Weltanschauung des Nationalsozialismus verwurzelt ist und sich nicht finanzieller Vorteile wegen beeinflussen läßt."

Standarte "Nordland" und Norwegische Legion.

Seitens der Nasjonal Samling wird seit einigen Wochen eine verstärkte Werbetätigkeit für den freiwilligen Eintritt in die Norwegische Legion durchgeführt. Anlässlich eines Besuches der Hirdführerschule in Jessheim hielt SS-Brigadeführer Wegener einen Vortrag, in dem er besonders die Notwendigkeit der Werbung von weiteren Freiwilligen für die Legion herausstellte. Wenn es nicht gelingen sollte, für die Freiwilligenlegion "Norwegen", die seit einiger Zeit als selbständige norwegische Einheit an der Leningradfront eingesetzt sei und zwangsläufig Verluste zu erwarten habe, den notwendigen Nachschub aufzubringen, so bestünde für Norwegen die Gefahr, daß diese Kampfgruppe im Laufe der Zeit ihre Selbständigkeit verliere und auf deutsche Feld-einheiten aufgeteilt werden müsse.

Nach den vorliegenden Berichten hat der Vortrag SS-Brigadeführers Wegener den Hirdführern Anlaß zu lebhaften Diskussionen gegeben. Es ist bezeichnend für die Stimmung, die in den letzten Wochen und Monaten innerhalb der NS gegenüber Deutschland herrschte, daß man zunächst versuchte, dem Appell Brigadeführer Wegeners mit kleinlichen Ausflüchten zu begegnen. Man betonte, daß zweifellos das Interesse des jungen Norwegers für eine Freiwilligenmeldung größer wäre, wenn er wüßte, daß seinen Angehörigen die zustehende Unterstützung pünktlich ausgehändigt werde. Angesichts der Tatsache, daß einige Familien der Legionsangehörigen in den letzten Monaten keine Unterstützung erhalten hätten und dadurch in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten seien, falle es den Hirdführern schwer, für die Legion zu werben, solange diese Versorgungsfrage nicht völlig geklärt sei.

- 33 -

Diese anfänglichen Bedenken sind inzwischen jedoch zum größten Teil als beseitigt anzusehen. Besonders klärend wirkte in diesem Zusammenhang ein Brief Quislings an den Fylkesfører von Oslo John Thronsen. Quisling wies darauf hin, daß der Einsatz der ersten norwegischen Freiwilligen, die bereits über ein Jahr an der Ostfront ständen, zur Stärkung der Stellung Norwegens im neuen Europa beigetragen habe. Da dieser harte und ehrenvolle Kampfeinsatz bislang aber nur von einer kleinen Minderheit getragen werde, und das norwegische Volk es nicht mit seiner Ehre vereinbaren könne, daß Deutschland und seine Verbündeten sich allein die großen Opfer auferlegten, die dazu gehörten, die bolschewistische Gefahr für alle Zukunft zu beseitigen, sei es nunmehr erforderlich, seitens des gesamten Parteiapparates eine schlagkräftige Aktion für die Werbung von Freiwilligen zur Norwegischen Legion in Gang zu setzen.

In diesem Zusammenhang hat Quisling bestimmt, daß jeder Fylkesfører in seinem Fylke mit der Werbung von Freiwilligen unter Inanspruchnahme aller Mittel, über die die Propaganda verfügt, sofort beginnen solle. Als erstes Kontingent sollen im Laufe des Monats April im ganzen Lande mindestens 500 Freiwillige aufgebracht werden, d.h. durchschnittlich soll jeder Fylke mindestens 25 Mann stellen.

Abschliessend wiederholte Quisling, daß eine effektive Durchführung dieser Werbeaktion von außerordentlich großer Bedeutung für das Land Norwegen sei und er verlasse sich darauf, daß jeder einzelne sein Äußerstes tue, um ein gutes Ergebnis zu erlangen.

Soweit bis jetzt überblickt werden kann und wie Äußerungen führender Parteimitglieder besagen, wird die Gestellung von 500 Mann für die Bewegung eine schwere Belastung darstellen. Ein Bauer aus Buskerud erwähnte in diesem Zusammenhang, daß er allein von seinem Hof 5 Mann zur Standarte "Nordland" abgegeben habe während der Sechste in Kürze zur Norwegischen

- 34 -

Legion ginge. Für ihn als NS-Mann sei es nicht leicht, Ersatz zu bekommen. Hinzu komme ferner, daß jetzt auch für das Langemarckstudium und für den Germanischen Landdienst eine Reihe von Leuten abgegeben werden müßte.

Zum Teil - so heißt es in diesem Zusammenhang in einem Bericht aus NS-Kreisen in Drammen - sei die Werbung für die Norwegische Legion manchmal viel weniger schwierig als die Werbung für die Partei. Denn viele Menschen würden aus Angst vor dem allgemeinen Terror davor zurückschrecken, in die Partei einzutreten, während diese Gefahr bei der Norwegischen Legion nicht bestehe, da die sich Meldenden aus ihrem heimatlichen Milieu herausgenommen und eingezogen würden.

Obgleich kein Zweifel darüber sein kann, daß es innerhalb der Partei immer noch Männer gibt, denen es an dem notwendigen Verständnis für die Bedeutung der Norwegischen Legion fehlt (Stavanger!), besteht zur Zeit doch der Eindruck, daß die Mehrheit der Parteiführer sich für die Werbung von Freiwilligen energisch einsetzen wird, zumal besonders Quisling selbst den laufenden Nachschub für die Norwegische Legion zu fördern versucht.

Volksgesundheit.

In den letzten Tagen wurde in Oslo und Bergen ein illegales Mitteilungsblatt an die Ärzte erfaßt, das sich eingehend mit der politischen Situation und mit den Bestrebungen der NS-Regierung gegenüber den Berufsorganisationen beschäftigt. Das Flugblatt, das in geschickter und klarer Form abgefaßt ist und erstmalig wieder nach längerer Zeit eine gegnerische Stellungnahme der Ärzte in Form eines anonymen Schreibens bringt, zeigt eine genaue Kenntnis der Verhältnisse und Pläne von Seiten der norwegischen Medizinalbehörden. Es bringt wörtlich den im Dezember 1941 ausgearbeiteten aber später abgeänderten Entwurf einer Verordnung über die zivile Dienstpflicht für Ärzte und Zahnärzte. Unter dem Hinweis, daß nunmehr die NS auch alle ethischen Regeln der ärztlichen Tätigkeit, die in jedem Kulturlande die Grundlagen der ärztlichen Arbeit waren und sind, mißachte, forderte das Flugblatt zu Protestschreiben auf, falls es zu einer Zwangsorganisation der Ärzte käme. Für diesen Protest bringt das Schreiben bereits einen Entwurf für den gemeinsamen Wortlaut. (Der wesentliche Teil des Flugblattes ist in Übersetzung in der Anlage beigelegt.).

Am 21. April 1942 wurde ein Gesetz über die zivile Dienstpflicht der Ärzte und Zahnärzte erlassen. Nach diesem Gesetz ist es dem Innendepartement und damit dem Medizinaldirektor möglich, in die Distrikte oder an die Krankenhäuser, in denen dringender Mangel an ärztlichen oder zahnärztlichen Kräften besteht, Ärzte oder Zahnärzte zu verpflichten. Dieses Gesetz bringt Abhilfe für einen schon lange bestehenden Notzustand, da verschiedene Landesteile insbesondere Nordnorwegens ärztlich völlig unzureichend versorgt sind und in anderen sonst gut versorgten Gebieten durch augenblicklich größere wirtschaftliche Arbeitsunternehmungen zum Teil sehr schlechte hygienische Verhältnisse bestehen. Durch dieses Gesetz ist ferner der Zustand eines an einigen öffentlichen Krankenanstalten bestehenden Ärztemangels überbrückt worden,

- 36 -

da aus dem Herbst 1941 noch die Bestimmung vorhanden ist, wonach Ärzte, die sich um öffentliche Stellen bewerben, Mitglied des norwegischen Ärzteverbandes sein müssen. Da aber der größte Teil der Ärzteschaft seinen Austritt aus diesem Verband erklärt hat, konnte in den letzten Monaten nur ein ganz kleiner Bruchteil freigewordener öffentlicher Stellen besetzt werden. Aufgrund des neuen Gesetzes wurden bereits in den letzten Tagen zwei jüngere Ärzte aus Oslo nach Harstad und Bodø in öffentliche Stellen versetzt. Über die Aufnahme des Gesetzes in den Ärztekreisen liegen im Augenblick noch keine eingehenden Meldungen vor. Die Einstellung desjenigen Teils der Ärzteschaft, die ständig radikal gegenüber allen Maßnahmen opponiert, geht bereits aus dem oben angeführten und in der Anlage befindlichen Flugblatt hervor. Danach glaubt man, daß hinter diesen "idealen Erwägungen", die zu diesem Gesetz der Anlaß sind, politische Gründe stehen. "Durch Zwangsversetzungen und Umlagerungen soll der ärztliche Widerstand gebrochen werden. Politische Erwägungen werden alleingebietend sein, wenn es sich um die Verteilung der Ärzte über das Land handelt."

Von NS-Seite wird dagegen betont, daß für den Erlass dieses Gesetzes im wesentlichen Gründe der gesundheitlichen Notlage maßgebend waren, da der Zustand einer völlig unvorteilhaften Verteilung der Ärzte schon lange bestand und sich jetzt während der Kriegszeit besonders nachteilig für die Volksgesundheit auszuwirken beginnt. Im übrigen sei die Forderung nach einer Änderung dieser Verhältnisse schon vor Jahren auch in den Kreisen, die heute feindlich eingestellt seien, erhoben worden. Das Gesetz sei als eine Maßnahme der norwegischen Gesundheitsführung und nicht nur als eine politische Maßnahme gegenüber dem Ärztestand aufzufassen. Es wird angenommen, daß sich die loyaler Eingestellten der Ärzteschaft diesen Gründen nicht verschließen können und daß es daher nicht zu einer Protestaktion der gesamten Ärzteschaft gegenüber diesem Gesetz kommen wird.

b) Kulturelle Gebiete.Wissenschaft und Hochschule.

Eine Gruppe von Studenten und Studentinnen der Technischen Hochschule in Drontheim, die sich über Ostern auf verschiedene Hütten des Gebirges von Trollheimen begeben hatte, bestand ausschließlich aus politischen Gegnern, die diese Hochgebirgsfahrt in erster Linie zum Zwecke eines engeren Zusammenschlusses der Widerstandskreise an der fraglichen Hochschule arrangiert hatten. Durch einheitliches Tragen der verbotenen roten Zipfelmützen gab man seine ablehnende Haltung gegenüber der Neuordnung auch nach außenhin zu erkennen.

In Verbindung mit dieser Demonstration wurden insgesamt 17 Personen in Haft genommen und in das Lager Falstad eingewiesen.

Schule und Erziehung.

Die durch die Austrittsbewegung aus dem "Norwegischen Lehrerbund" veranlaßte Festnahme-Aktion durch die norwegische Polizei nimmt ihren Fortgang.

490 Lehrer sind inzwischen mit einem Schiff nach Nordnorwegen in Marsch gesetzt worden, um dort im Arbeitseinsatz Verwendung zu finden.

Die Verschickung der Lehrer nach dem Norden auf einem Dampfer, der nur für 250 Passagiere eingerichtet ist und u.a. außerdem durch feindgefährdete Gewässer zu gehen hat, ist in kürzester Zeit mit ziemlich genauen Einzelheiten in weiten norwegischen Kreisen bekannt geworden. Nach den vorliegenden Meldungen hat die Maßnahme starke Bestürzung und Unruhe hervorgerufen.

-- 38 --

Nach einer Meldung aus Tromsø bildet die Ankunft des Lehrertransportes das Hauptgesprächsthema des ganzen Gebietes. Es besteht allgemein die Auffassung, daß diese Maßnahme von deutscher Seite ins Werk gesetzt worden ist. Die Erregung und Verbitterung darüber, daß eine norwegische Regierung derart mit 500 Volksgenossen verfahren lasse, ist außerordentlich groß.

Die Stimmung unter den Lehrern des fraglichen Transportes ist weiterhin gesunken. Vor der Fortsetzung der Fahrt besteht im Hinblick auf die vorhandenen Gefahren große Angst. Von Seiten der Lehrer ist erklärt worden, daß man bei Kenntnis des sie erwartenden Schicksals lieber im Lehrer-Samband geblieben bzw. ihm wieder beigetreten wäre. Andererseits hat sich der Hass gegen Quisling und die NS unter dem Eindruck dieses Transportes zur Unversöhnlichkeit gesteigert. Gleichzeitig wird von vielen Seiten erklärt, daß diese Aktion auch die bisherige Einstellung zu Deutschland wesentlich negativer habe werden lassen. Zum Teil ist sogar ein Ausschlag in starke Deutschfeindlichkeit zu verzeichnen.

Die Haltung der im Lager Südspitze (Tromsø) einsitzenden Lehrer ist durch die Nachricht von dem vorerwähnten Lehrertransport, der ihnen auf dem Wege über die Besuche ihrer Angehörigen bekannt wurde, stark erschüttert worden.

Von den Lehrern im Sammellager Jørstadmoen hatten bis zum 10. April 1942 insgesamt 40 eine schriftliche Erklärung über ihren Wiedereintritt in den Lehrerbund abgegeben. Weitere 204 Lehrer wurden am 24.4. aus dem Lager Falstad bei Drontheim wegen Abgabe der Beitrittserklärung entlassen. Nach den z.Zt. hier vorliegenden Anhalten gaben bis zur Einleitung der Festnahme-Aktion insgesamt 7 000 Lehrer und Lehrerinnen an die Landesleitung des Lehrerbundes ihre Austrittserklärung ab. Von ungefähr weiteren 7000 ist ein schriftlicher Bescheid dieses Inhalts zwar nicht erteilt worden, jedoch betrachten auch diese sich als ausgetreten. Der Rest, ungefähr

- 39 -

600 Lehrer und Lehrerinnen, verblieben als NS-Mitglieder im Lehrerbund. Diese Zahl hat sich in der Zwischenzeit durch die Wiedereintrittserklärungen von insgesamt 500 Lehrern auf rund 1 100 erhöht.

Beim Abtransport der verhafteten Lehrer aus Bergen nach Oslo bildeten sich größere Gruppen von Menschen, die noch verstärkt wurden durch etwa 1 000 Teilnehmer eines Gottesdienstes, der zu diesem Zeitpunkt schloss. Die Menge grüßte die Lehrer durch Zurufe und Ausbringen von Hochrufen. Zwischendurch wurde die Nationalhymne gesungen. Die norwegische Ordnungspolizei, die mit schwachen Kräften zur Stelle war, versuchte die Menge zu zerstreuen, was jedoch aufgrund des lauen Verhaltens der Beamten nur zum Teil gelang.

Um nach Ablauf der am 27. März verfüigten vierwöchigen "Kohlenferien" trotz der im vorgehenden geschilderten Sachlage die Schulen wenigstens zum Teil wieder in Gang zu bringen, gab das Departement für Kirche und Unterricht am 7. April eine Verlautbarung heraus, in der es u. a. heißt:

"Diejenigen Lehrer, die den Unterricht wieder aufnehmen, werden damit gleichzeitig als Mitglieder des "Norwegischen Lehrerbundes" betrachtet, jedoch in der Weise, daß sich der Staat in jedem einzelnen Fall die nähere Entscheidung vorbehält. Gehalt wird nur an diejenigen ausgezahlt, die eine schriftliche Erklärung darüber abgeben, daß sie Mitglieder des norwegischen Lehrerbundes sind (vgl. Rundschreiben des Departements vom 7.3.1942).

Die obige Verordnung gilt lediglich für die Bistümer Oslo und Hamar (mit Ausnahme der Gemeinden Oslo und Aker).

Hinsichtlich der übrigen Verwaltungsbezirke ergehen zu einem späteren Zeitpunkt nähere Anordnungen."

In Verbindung mit der vorstehenden Anordnung ist in den meisten Städten der hier genannten Verwaltungsbezirke ein behelfsmässiger Unterrichtsbetrieb wieder zustande gekommen, wobei jedoch von Seiten der Lehrerschaft folgende Haltung eingenommen wird:

Der Erklärung des Departements, daß jeder, der den Dienst wieder aufnimmt, als Mitglied des Lehrerbundes betrachtet wird, mißt man keine besondere Bedeutung bei. Der Abgabe

einer diesbezüglichen schriftlichen Erklärung, wie sie zum Empfang des Gehalts vorgeschrieben ist, geht man in der Weise aus dem Weg, daß man keinerlei Bezüge abhebt. Aus weiten Kreisen der Lehrerschaft liegen zuverlässige Meldungen darüber vor, daß man fest daran glaubt, dieses Verfahren finanziell und auch sonst einige Monate durchhalten zu können. Die hier geschilderte Umdeutung der fraglichen Verordnung ist den zuständigen Stellen des Departements bekannt, ohne daß man sich jedoch bisher darüber schlüssig geworden ist, wie diesem Zustand entgegengetreten werden soll, vielmehr hat trotz dieser Sachlage der Unterrichtsminister Skancke vor einigen Tagen an die Leiter der zuständigen Fachabteilung des Ministeriums Weisung gegeben, daß die fragliche Verordnung auch für die übrigen Teile des Landes in Kraft gesetzt wird. Der diesbezüglichen Weisung wurde jedoch bisher noch nicht nachgekommen. Bei der Mehrheit der sich ablehnend verhaltenden Lehrerschaft wird die gekennzeichnete Entwicklung mit großer Befriedigung aufgenommen.

Die Versuche, auch in Oslo den Schulbetrieb wieder in Gang zu bringen, haben bisher nur zur Wiedereröffnung einer einzigen höheren Lehranstalt geführt. Es handelt sich um die von dem Rektor Jensen (NS) geleitete Hegdehaugenschule, der sich zwei weitere NS-Rektoren als Lehrkräfte zur Verfügung stellten.

Die derzeitige Schülerschaft setzt sich nahezu ausschließlich aus NS-Kindern zusammen.

Über die Behelfsmässigkeit der bisherigen Fortsetzung des Schulbetriebes gibt folgender Vorgang bezeichnende Aufschlüsse:

Am 8. April 1942 wurde der Unterrichtsbetrieb an der Volksschule in Bodö wieder aufgenommen. An Lehrkräften stehen z.Zt. nur 2 Lehrer und eine Lehrerin (alle NS) zur Verfügung. Zur Ergänzung des Lehrkörpers wurde von Seiten der örtlichen Schulbehörde Antrag an das Departement auf eine zeitweilige Genehmigung zur Erteilung von Unterricht an öffentlichen Schulen für den Fylkesmann von Hirsch, den Fylkesfører Wasenden und dem Polizeimeister Lindblom in Bodö gestellt. Das Departement hat die nachgesuchte Genehmigung erteilt.

-- 41 --

Nach einer ausgedehnten Befragung derjenigen Lehrer, die ihre Austrittserklärungen aus dem Lehrerbund vollzogen haben, ergibt sich über die näheren Gründe folgendes Bild:

- 1) Übereinstimmend wird die Auffassung vertreten, daß es sich hier um keinen rein berufsständischen Zusammenschluß sondern eine verkappte Parteigliederung handelt,
- 2) daß die Mitgliedschaft im Lehrerbund gewisse, bisher aus taktischen Rücksichten noch nicht näher definierte Verpflichtungen im Rahmen des neuen Staatsjugendgesetzes vom 5.2.1942 mitsichführe.

Die vorstehend geschilderten Einwände des bei weitem überwiegenden Teiles der Lehrerschaft können sich u.a. auf eine Reihe von Pressekommentaren stützen, die von Orvar Saether selbst geschrieben sind. In diesen Ausführungen wie vor allem in den Artikeln, die eine Partei-Redaktion aufzuweisen haben, sind eine Fülle von versteckten und offenen Drohungen gegen alle Lehrer, die als Mitglieder evtl. ihre Pflicht gegenüber der neuen Zeit versäumen sollten, ausgesprochen worden, daß es tatsächlich für den Außenstehenden recht schwierig geworden ist an die unpolitischen Absichten des neuen Fachverbandes zu glauben.

An der Beauftragung Orvar Saethers mit der Leitung des neuen Lehrerbundes wird selbst in führenden Kreisen der Partei in zunehmendem Maße Kritik geübt. Dabei weist man vor allem darauf hin, daß allein die Tatsache, daß der bisherige Stabsleiter des Hird den Zusammenschluß aller norwegischen Lehrer übernahm, genügt habe, um die meisten Lehrer darin zu bestärken, daß es sich hier nicht in erster Linie um eine unpolitische, fachliche Organisation handeln werde. Zur Berufung Orvar Saethers auf seinen neuen Posten wird von unterrichteter NS-Seite geäußert, daß es der ausdrückliche Wunsch des Ministerpräsidenten gewesen sei, das verdiente alte Parteimitglied Saether, der als Hird-Chef nach und nach "unpopulär" geworden sei, zu rehabilitieren und in der Öffentlichkeit neu herauszustellen. Unglücklich sei an dieser Aktion vielleicht nur der Entschluß gewesen, Saether ausgerechnet auf einen

Posten zu stellen, wo eine in politischer Hinsicht möglichst wenig in Erscheinung getretene Persönlichkeit hingehört hätte.

Die Entwicklung des Lehrer-Konfliktes wurde durch eine Verfügung Quislings (zu der Skancke als Fachminister seine Zustimmung gab), stark beeinflusst, nach der jeder, der seinen Austritt aus dem Lehrerbund vollzogen hat, wenn er nicht gleichzeitig aus dem Schuldienst entlassen werden will, eine schriftliche Erklärung über den Wiedereintritt in den Lehrerbund abzugeben hat. Statt daran festzuhalten, daß die Mitgliedschaft im Lehrerbund automatisch mit der Berufsausübung zusammenhängt und nicht von irgendwelchen persönlichen Erklärungen abhängig gemacht werden kann und daher abgegebene Stellungnahmen jedweder Form gegenstandslos sind, wurde nunmehr etwas gefordert, was die große Mehrheit der Bevölkerung aus der sturen Gläubigkeit an den Endsieg Englands und das in diesem Zusammenhang folgende Strafgericht über alle, die je mit der NS oder mit den Deutschen "gemeinsame Sache" gemacht haben, nur nach Brechung eines schwer zu überschätzenden allgemeinen Widerstandes zu geben in der Lage sieht: nämlich eine persönliche, schriftliche Erklärung in einer nicht unpolitischen Angelegenheit.

Schließlich ist auch die Tatsache, daß Unterrichtsdepartement und Landesleitung des Lehrerbundes schon sehr bald in eine scharfe, interne Konkurrenz um den Vorrang in Lehrer- und Schulangelegenheiten eintraten, im Hinblick auf die Maßnahmen zur Lösung des gegenwärtigen Konflikts nicht ohne Auswirkung geblieben. Nicht zuletzt ist die Fülle der übereilten und zum Teil sich widersprechenden Verlautbarungen bzw. Rundschreiben der beiden fraglichen Stellen aus diesem Verhältnis zu erklären.

Weitere eingehende Ermittlungen, die über die eigentlichen Hintergründe der derzeitigen Lehrer-Opposition geführt wurden, haben ergeben, daß sich der Widerstand gegen den neuen Lehrerbund ganz wesentlich auch aus der Sachlage erklärt, daß der

- 43 -

aktivere Teil der gegnerischen Lehrerschaft durchaus verstanden hat, wie sehr es sich hier um eine grundsätzliche Institution der politischen Neuordnung handelt. Von einer maßgeblichen Persönlichkeit aus dem Kreise der sich ablehnend verhaltenden Lehrerschaft wurde in diesem Zusammenhang folgende Formulierung gegeben:

"Wenn der Lehrerbund einerseits auch nur ein reiner Fachverband sein sollte, so sei er doch, wie alle übrigen "Samband-Gründungen" der neuen Staatsführung in letzter Linie nichts anderes als ein ausgesprochener Faktor des neuen staatsstaatlichen Prinzips der NS., d.h. der Versuch einer staatlichen Neuordnung schon während der Dauer des Krieges. Ein solches Vorhaben müsse von der Mehrheit des norwegischen Volkes als ein allergrößtes Unglück betrachtet werden."

In Zusammenhang mit jenem grundsätzlichen Unwillen steht man in den fraglichen Kreisen unter der Eindruck, daß nunmehr mit den Mitteln eines harten Strafvollzuges ein Nachgeben der Lehrerschaft in einer politischen Angelegenheit einfach erzwungen werden sollte. Auf Grund des vorliegenden Materials muß im Augenblick als zumindestens wahrscheinlich gelten, daß die in der Zwischenzeit durch die Kirche und eine vielseitige illegale Propaganda aufgehetzte Masse der Lehrerschaft mit größter Zähigkeit an ihrem Standpunkt festzuhalten versucht. Als ganz besonders unnachgiebig kann die Haltung der Mehrzahl der Lehrer in den meisten ost- und westnorwegischen Bezirken charakterisiert werden. In dieser Verbindung ist jedoch nochmals herauszustellen, daß aus allen Teilen des Landes hinreichende Unterlagen dafür vorhanden sind, daß die große Masse der Lehrerschaft bereit ist, bei einem evtl. deutschen Eingreifen in den Lehrerkonflikt sich zu beugen und auch die zwangsweise Mitgliedschaft im Lehrerbund auf sich zu nehmen. Daß ein solcher Schritt gleichzeitig auch das Prestige der Regierung Quislings berühren würde, gilt für sie dabei als eine gewisse befriedigende Ironie des Schicksals. Die Ausführungen des Reichskommissars anläßlich des 21. April sind in diesen Kreisen mit großer Genugtuung aufgenommen worden, während in den Reihen der ausgesprochenen Gegner starke Unwilligkeit über die

deutsche Unterstützung der NS in dieser Auseinandersetzung ausgedrückt wird. Von Seiten der NS macht sich gleichzeitig in verstärktem Maße das Bestreben geltend, die Hintergründe für den derzeitigen Lehrerkonflikt aus der Sphäre einer innerpolitischen Auseinandersetzung zu heben und eine Bedrohung der deutschen Interessen seitens der Lehrer als maßgebliche deutsche Auffassung herauszustellen. Im Einklang mit derartigen Tendenzen schrieb "Fritt Folk" am 24.4.1942 in seinem Leitartikel:

"Der Reichskommissar nannte in seiner Rede am Dienstag die Dinge beim richtigen Namen, eindeutig klar, wie er es zu tun pflegt. Er stellte fest, daß die Haltung bei dem Teil der norwegischen Lehrer, der aus Opposition heraus seine Arbeit niedergelegt habe, als nichts anderes bezeichnet werden könne als ein Streikversuch. Ein Streikversuch ist unterdessen das gleiche wie die Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung und man bedroht dadurch Deutschland und besonders die Interessen der deutschen Wehrmacht. Diese Sache ist damit nicht mehr eine innere norwegische Angelegenheit. Denn - so sagt Herr Terboven - ich bin jetzt wie früher verpflichtet, die Interessen der deutschen Wehrmacht in Norwegen wahrzunehmen und zu sichern. Daß ich bereit bin, diese Pflicht mit aller notwendigen Härte und Entschlossenheit durchzuführen, sollte man bereits kennen. Auf Grund eines Gesuches des Herrn Ministerpräsidenten habe ich bisher von dieser meiner Pflicht keinen Gebrauch gemacht, aber ich benutze diese Gelegenheit zu einer eindringlichen Warnung. Man möge sich nicht von einer kleinen Clique von Aufwiegler zu unüberlegten Handlungen, welcher Art diese auch sein mögen, verleiten lassen."

Über den besonderen Anteil, den die Geistlichkeit an der Ausbreitung und Verschärfung des Widerstandes der Lehrer hat, liegen aus verschiedenen Kommandeur-Bereichen konkrete Unterlagen vor. Danach steht fest, daß in einer Reihe von Fällen Lehrer durch eine unmittelbare Einflußnahme von

kirchlicher Seite zum Austritt aus dem Lehrerbund veranlaßt worden sind. Das bekannte Rundschreiben der Bischöfe, das in maßgeblicher Weise die Front der Lehrerschaft gegen den neuen Berufsverband zustande gebracht hat, ist, wie aufgrund umfassender Vernehmungen feststeht, einer Reihe nordnorwegischer Lehrer durch den Tromsøer Bischof Krohn-Hansen zugestellt worden. Wahrscheinlich hat der betreffende Bischof in seinem ganzen Arbeitsbereich an der Organisation des Widerstandes aller geistigen Berufe zielbewußt gearbeitet.

Eine weitere aktive Unterstützung des gegenwärtigen Lehrerkonfliktes versucht man von gegnerischer Seite z.Zt. über die Schuljugend zu veranlassen. Charakteristisch für diese Bestrebungen ist ein nachstehend in deutscher Übersetzung wiedergegebenes Flugblatt, das in Drammen erfaßt wurde:

"An die norwegische Schuljugend!

Es herrscht unter der Schuljugend eine gewisse Unsicherheit gegenüber der Spaltung und Verwirrungstaktik der Nazisten. Es ist absolut notwendig, daß ihr eine feste und bestimmte Haltung hinsichtlich den Aktionen der Veräter einnehmt. Ein großer Teil von Norwegens Lehrem lebt heute an Stätten, wo Bosheit und Gewalt, Terror und Brutalität in den Hochsitz gehoben sind. "Deutsche Konzentrationslager" stehen vor jedem Norweger als eine Inkarnation tierischer Grausamkeit. Wir wissen, was die Lehrer in Grini und Jørstadsmoen und anderen berüchtigten Orten um euretwillen gelitten haben. Wenn nun einzelne der zurückgekehrten Lehrer die Erteilung des Unterrichts plan- und befehlsgemäß wieder aufnehmen, so müßt ihr sie unterstützen, indem ihr nicht zum Schulgang erscheint. Unser Handeln soll würdig sein denen, die alles opfern für das, was sie als Recht erkennen. Schuljugend: Fester Kurs! Kein Schulgang ehe nicht alle Lehrer freigegeben sind. Einig und treu bis die Berge von Dovre zusammenfallen."

Auch sonst mehren sich in den letzten Tagen die Kennzeichen dafür, daß der gegenwärtige Lehrerkonflikt durch eine Beteiligung der Elternschaft an der Opposition unter Umständen eine neue Ausweitung erfahren kann. Aus mehreren Städten liegen bereits Meldungen darüber vor, daß an verschiedenen Schulen, wo die Lehrer sich zur Wiederaufnahme des Unterrichts melden,

- 46 -

die Eltern ihre (nicht mehr schulpflichtigen) Kinder vom Schulgang fernhalten. Daß die politische Verhetzung der Elternschaft in der Lehrerfrage im Fortschreiten begriffen ist und daß im Augenblick die Eltern sogar so weit gehen, die Möglichkeit eines geordneten Unterrichts illusorisch zu machen, läßt folgender Vorgang erkennen:

In Odda (Hardanger) gelang es der örtlichen Schulleitung, alle Lehrer der höheren Schule zur Mitarbeit zu gewinnen. Es wurde daher bekanntgegeben, daß der Schulbetrieb an der höheren Schule wieder aufgenommen werde. Zum festgesetzten Zeitpunkt erschienen daraufhin sämtliche Lehrer aber von den 140 Schülern lediglich 2. Die bisher angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Elternschaft die Aufnahme des Unterrichts verhinderte, weil sie auf Grund einer Zustimmung des Ministeriums erfolgt war.

Ein weiterer Vorfall wird aus Bergen selbst berichtet. Durch Anzeigen in den Tageszeitungen wurden in der vergangenen Woche die Schüler der höheren Schulen aufgefordert, sich zu einem bestimmten Zeitpunkt in 2 näher genannten Schulen zwecks Besprechung über die Wiederaufnahme des Schulbetriebes einzufinden. Die Einberufung wurde vom Fylkesleiter des NLS veranlaßt. Schon 1 Stunde vor dem festgesetzten Termin versammelten sich dann etwa 1500 Schüler und Schülerinnen, denen sich eine große Anzahl von Studenten und Eltern zugesellt hatten, vor dem Schulgebäude. Dort bedrängten sie alle diejenigen Schüler, die den Versuch machten, in die Schule hineinzukommen, so daß außer den Angehörigen des NSUF kein Schüler und keine Schülerin es wagte, in die Schule einzutreten. Unter den vielen Demonstranten befand sich auch eine Anzahl Lehrer, die ebenfalls auf die Schüler einsprachen und diese aufforderten, die Schule nicht zu betreten. Die Norwegische Ordnungspolizei zerstreute die Menge, die dann geschlossen zu der anderen Schule zog, um dort nach den vorher schon angewandten Methoden auf die Schüler einzuwirken. Tatsächlich hat sich dann auch dort außer NS-Angehörigen kein Schüler gemeldet.

Die Menge wurde wiederholt aufgefordert, die Straße zu verlassen, was sie jedoch nur sehr unwillig und zögernd tat. 2 Personen mußten wegen Widerstandes durch die norwegische Polizei festgenommen werden. Zieht man dabei noch in Betracht, daß an den zwei vorausgegangenen Abenden wiederholt sich Schlägereien grösseren Stiles zwischen Angehörigen der NS-Jugend und Passanten entwickelt hatten, die letzten Endes nur durch das Einschreiten einer ganzen Anzahl Wehrmachtsangehöriger, die sich auf die Seite der NS stellten und sich ebenfalls an den Schlägereien beteiligten, beendet wurden, so kann festgestellt werden, daß sich eine Versteifung der Lage in Verbindung mit einer größeren Bereitschaft zu Tätlichkeiten und Demonstrationen bemerkbar macht.

Andererseits liegen jedoch sowohl aus dem gegnerischen wie aus NS- bzw. deutschfreundlichem Lager zahlreiche Stimmen vor, nach denen man sich nichts dringlicher wünscht, als daß der Schulbetrieb möglichst rasch wieder in normale Bahnen kommen möge.

Eine neue Beunruhigung der Verhältnisse auf dem Sektor Schule ist dadurch ausgelöst worden, daß das Departement für Kirche und Unterricht an die nachgeordneten Schulbehörden zu Anfang des Monats die Weisung erteilt hat, dass zum diesjährigen Abitur einstweilen nur die Schüler zuzulassen sind, die der NS angehören oder über deren positive Einstellung zur NS seitens des zuständigen Parteikontors eine entsprechende gutachtliche Erklärung vorliegt. Zur Vorbereitung und Durchführung der Reifeprüfung sollen die in Betracht kommenden Schüler demnächst in verschiedene Internate zusammengefaßt werden. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung während dieser Zeit werden seitens des Staates getragen.

Es liegt zur Zeit durchaus im Bereich des möglichen, daß diese vorläufige Maßnahme zu einer endgültigen gemacht wird. Damit würden einige tausend junge Norweger das Ziel ihres 8-9jährigen Besuches einer höheren Schule nicht erreichen.

Am 19. März 1942 wurde durch den NS-Fylkesführer von Steinkjer den Schülern des dortigen Landesgymnasiums die neuen Abitur-

bestimmungen zur Kenntnis gebracht. Nach dem Weggang des Fylkesführers wurde von den ca. 50 Schülern der obersten Klasse die Königshymne und die "Internationale" gesungen. Weiter befestigten die Schüler an den Rockaufschlägen rote Zipfelmützen bzw. rote Blumen und eine schwarze Schleife. Zwei Tage später fanden sich hunderte von Gymnasiasten in größeren Gruppen in den Straßen von Steinkjer zusammen. Ein Teil hiervon versammelte sich später bei der im Zusammenhang mit der Austrittserklärung aus dem Lehrerbund veranlaßten Festnahme des Schulleiters vor dessen Haus. Von der norwegischen Polizei ist gegen diese Demonstration der Schüler nicht eingeschritten worden. Daraufhin wurden seitens der zuständigen Dienststelle der Sicherheitspolizei und des SD entsprechende Maßnahmen ergriffen und der Schulleiter Kvarving sowie zwei Lektoren festgenommen und außerdem 10 Schüler in das Lager Falstad eingewiesen.

Die Verordnung über die Zulassung zum diesjährigen Abitur nahmen im Auftrage des akademischen Kollegiums an der Universität Oslo die Dekane der verschiedenen Fakultäten (mit Ausnahme des theologischen Vertreters) zum Anlaß, dem Unterrichtsminister ein Memorandum folgenden Wortlauts vorzulegen:

"In einem Teil der norwegischen Presse ist bekannt gemacht worden, daß nunmehr lediglich diejenigen Schüler, die Mitglieder der Partei sind oder mit ihr sympathisieren, zum Abiturium zugelassen werden. Die Reifeprüfung ist -- von einigen wenigen Ausnahmefällen abgesehen -- die Voraussetzung für die Berechtigung zum Universitätsstudium. Wenn jedoch die bekanntgegebene Verordnung durchgeführt werden soll, würde dies bedeuten, daß fortan in erster Linie die politische Einstellung für die Zulassung zur Universitätsausbildung entscheidend ist und nicht wie bisher Fähigkeiten und Kenntnisse. Die Nasjonal Samling würde damit die Grundvoraussetzung des wissenschaftlichen Universitätsstudiums beseitigen und in einen Konflikt sehr ernster Art mit der Universität geraten.

Wir betrachten es daher als unsere Pflicht, bereits im jetzigen Stadium dieser Angelegenheit das Departement über die Auffassung zu unterrichten, die allgemein unter der Professorenschaft besteht und fragen gleichzeitig an, ob es die Absicht des Departements ist, die fragliche Verordnung zur Durchführung zu bringen."

Der Chef des Departements hat ihnen daraufhin mitgeteilt, daß die Veröffentlichung der fraglichen Verlautbarung auf einem Versehen beruhe und daß als Bedingung für die Erlangung des Abiturs in diesem Jahre wie in der Zukunft seitens des Departements das gleiche gefordert werde wie bisher und daß es allen Primanern freistehe, sich zur Reifeprüfung zu melden.

Den Dekanen wurde seitens des Ministers die Befugnis erteilt das Besprechungsergebnis den Universitätskollegen mitzuteilen was in Form eines Rundschreibens erfolgt ist.

Der vorstehende Fall liegt ganz im Zuge der vielen übrigen verfehlten Maßnahmen des Departements, die das Ansehen seiner Haltung besonders in jüngster Zeit stark in Frage gestellt haben.

In der Zeit vom 1.2. bis 13.4., wo der Reichskommissar Gelegenheit nahm, den Ministerpräsidenten Quisling auf die mangelhafte Zusammenarbeit zwischen den Ministern und den einzelnen Abteilungen seiner Behörde besonders aufmerksam machen, ist es seitens des Departements Kirche und Unterricht konsequent unterlassen worden, die deutschen Stellen über beabsichtigte oder getroffene Maßnahmen in irgend einer Form zu unterrichten.

Nach dem Abschluß des vorstehenden Berichtes trifft aus Drontheim noch die Meldung ein, daß am 24. April 1942 in Stören eine Lehrerversammlung stattfand, an der auch der neu eingesetzte Fylkesleiter des Lehrerbundes, B r o t e r teilgenommen haben soll. Die Versammlung befaßte sich mit dem augenblicklichen Stand der Lehrerfrage. In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, an das Departement für Kirche und Unterricht ein Telegramm zu senden, in dem die Lehrer sich bereit erklärten unter folgenden Bedingungen ihre Arbeit in der Schule wieder aufzunehmen:

- 1.) Sämtliche Lehrer, die nach Nordnorwegen überführt wurden, sind zu holen.
- 2.) Sämtliche im Lager Falstad inhaftierten Lehrer sind zu entlassen.

- 50 -

- 3.) Das den Lehrern seit ihrem Austritt aus dem Lehrerbund gesperrte Gehalt ist auszuzahlen.
- 4.) Den Lehrern wird versichert, daß sie über die Neuordnung vor ihren Schülern nicht zu sprechen brauchen.

Weitere Ermittlungen in dieser Angelegenheit sind sofort eingeleitet worden.

Jugenddienstgesetz.

Am 8. April wurde in der Presse ein Gesetz über die Durchführung des Jugenddienstes veröffentlicht. Danach brauchen diese nicht unbedingt Mitglieder der NSUF (Jugendverband der NS) zu werden. In diesem Falle tragen sie lediglich die Bezeichnung "Dienstausübende in der NSUF".

Bei gesetzwidriger Nichtanmeldung seitens der Eltern werden für letztere Geld- bzw. Gefängnisstrafen bis zu 3 Jahren angedroht. Dasselbe tritt im Falle späterer Dienstversäumung ein.

Jugendliche über 14 Jahre, die sich dem Dienst entziehen oder von ihm ausgeschlossen werden, können von weiterem Schulbesuch sowie Examenszulassung ausgeschlossen werden. Weiter sind schwere Strafen für solche vorgesehen, die Jugendliche vom Dienst abzuhalten versuchen.

Die Veröffentlichung dieses Gesetzes in der gegenwärtigen Zeit dürfte zu einer weiteren Verschärfung der Stimmung beitragen.

Die Opposition der norwegischen Eltern gegen den Jugenddienst hält an. Es laufen beim norweg. Kirchendepartement z. Zt. etwa 300-400 Protestschreiben täglich ein (bis zum 10.4. insgesamt etwa 8000). In dem ziemlich gleichlautenden Wortlaut heißt es, daß die im Gesetz aufgestellten Richtlinien "gegen das Gewissen verstossen".

Aus Harstad (Nordnorwegen) wird gemeldet, daß die Jugend zwischen 10-15 Jahren und zwar vor allem die Mädels, selbst nicht gegen den Jugenddienst eingestellt ist, vielmehr liegt der Kern des Widerstandes bei den Lehrern und Pfarrern. Andererseits haben jedoch auch die 17-18jährigen sich der allgemeinen Ablehnung angeschlossen.

Durch eine rege illegale mündliche und schriftliche Propaganda wird die oppositionelle Meinungsbildung z. Zt. stark beeinflusst.

Im Zuge der von der NS-Regierung nach dem 1.2.1942 übereilt herausgegebenen Verordnungen und Gründungen von fachlichen "Sambands" besteht auch der Plan der Bildung eines Schauspieler-Sambands. Der Gedanke hierzu geht von Minister Lunde bzw. seinem engen Mitarbeiter, dem Kontorchef Sigvard Hegstad aus. Seitens des Staatlichen Theaterdirektorats (Finn Halvorsen) ist man bisher jedoch entschieden gegen die Bildung eines solchen neuen Sambands eingetreten. Man befürchtet hier nach den schlechten Erfahrungen, die der Staat inzwischen mit der Gründung des Laerersambands, Pressesambands und Advokatensambands machen musste, einen neuen Konflikt im Theaterleben ähnlich dem Schauspielerstreik des vergangenen Jahres.

In den Schauspielerkreisen, besonders beim Nationaltheater, herrscht gegenwärtig ohnehin eine gewisse Nervosität auf Grund der von staatlicher Seite gewünschten Rollenbesetzung in dem geplanten Propagandafilm "Mein Leben für Norwegen" (vergl. letzten Lagebericht Nr. 37 vom 31.3.42). Auf der von Minister Lunde aufgestellten Rollenliste befinden sich u.a. 7 Schauspieler des Nationaltheaters, die abgesehen von zwei Ausnahmen politisch oppositionell eingestellt sind, so z.B. Björn Ording, der als Hauptdarsteller einen jungen Kämpfer der Norwegischen Legion verkörpern soll. Von diesen wie auch von den anderen nicht NS-mässig orientierten Schauspielern ist nicht zu erwarten, dass sie die ihnen zugedachten Rollen freiwillig übernehmen werden. Ein Zwang erscheint in diesem Fall auch schwer möglich, da den Schauspielern im vergangenen Jahre nach Inkrafttreten des neuen Schauspielerkontraktes seitens des Theaterdirektorats zugesichert worden ist, dass man sie nicht zwingen werde, in politischen Propagandastücken aufzutreten. Diese Zusicherung erfolgte auf Grund einer Anfrage des Schauspielerverbandes bezüglich der Auslegung des umstrittenen § 8 des neuen Schauspielervertrages, wonach die Schauspieler verpflichtet sind, gegebenenfalls bei norwegischen Filmaufnahmen und in Sendungen des norwegischen Rundfunks sowie bei nationalen ...

/

Bezüglich des oben erwähnten Planes der Bildung eines Schauspielersambands ist bemerkenswert, dass der Chef des Staatlichen Theaterdirektorats, Finn Halvorsen, hiervon erst auf Umwegen durch den Chef des Filmdirektorats, Leif Sinding, Kenntnis erhalten hatte. Von Sinding, dem Hegstad gesprächsweise seinen Plan entwickelt hatte, waren sofort Bedenken erhoben worden. Auf seine Frage, wie im einzelnen die Gestaltung des Schauspielersambands gedacht sei, antwortete Hegstad, dass man dies noch nicht wisse und dass die Hauptsache sei, dass der Samband erst einmal stehe. Anfang dieses Monats wurde ein Teil der Räume der Staatlichen Theaterschule durch die Wehrmacht beschlagnahmt. Die Beschlagnahme soll sich nach Mitteilung der zuständigen militärischen Dienststelle auf etwa einen Monat erstrecken. Der Betrieb der Schule ist jedoch dadurch nicht ernsthaft beeinträchtigt, da der davon betroffene Unterricht inzwischen in andere Räumlichkeiten verlegt werden konnte.

Erheblich ungünstiger liegen die Verhältnisse beim "Norske Teatret", das mit Wirkung von 1. Mai 1942 ebenfalls von der Wehrmacht beschlagnahmt worden ist. Von Seiten des Staatlichen Theaterdirektorats wird darauf hingewiesen, dass die Schliessung gerade dieses Theaters das norwegische Theaterleben insofern besonders treffen würde, als es sich hier um ein staatlich gefördertes Unternehmen handelt, das zudem als einziges norwegisches Theater das "nynorsk" als Bühnensprache pflegt. Im Falle der Schliessung des Theaters würden die Schauspieler auch brotlos werden, da das Theaterunternehmen nach dem Schauspielervertrag nicht zur Gagenzahlung verpflichtet ist, wenn der Theaterbetrieb durch höhere Gewalt unterbrochen wird.

Die Beschlagnahme des "Norske Teatret", das ohne Zweifel einen wertvollen künstlerischen Faktor im norwegischen und besonders im Osloer-Theaterleben darstellt, dürfte sich nach der bereits erfolgten teilweisen Beschlagnahme der Theaterschule stark negativ auf dem kulturellen Sektor

x

auswirken, zunal auch das Kunsternes Hus, in dem neben Ausstellungsräumen für bildende Kunst auch die Kunstakademie untergebracht war, vor kurzem von der Wehrmacht beschlagnahmt wurde.

Ansatzpunkt mit ...
Der bevorstehende Rücktritt Finn Halvorsens als Chef des Staatlichen Theaterdirektorats zum 1. Juli 1942 (vergl. bereits "Meldungen aus Norwegen" Nr. 37 vom 31.3.42) wurde nunmehr auch von der Presse angekündigt. Der Rücktritt wird damit begründet, dass Halvorsen seine Aufgabe, die Neuordnung des norwegischen Theaterwesens auf Grund der politischen Neuordnung, im wesentlichen als gelöst ansehe und sich wieder hauptsächlich seiner schriftstellerischen Arbeit widmen wolle. Die Frage der Amtsnachfolge Halvorsens wird in den Pressenotizen nicht berührt.

4.

17

F i l m .

Im Mittelpunkt des gesamten Filminteresses der letzten Zeit steht der in Oslo in den Ostertagen angelaufene Euthanasia-Film "Ich klage an". Der Film, der in allen Tageszeitungen mit Ausnahme der NS-Zeitung "Fritt Folk" eine ausgezeichnete Kritik erhalten hat, wird auch von den sonst dem deutschen Problemfilm ablehnend gegenüberstehenden norwegischen Filmbesuchern objektiv und sachlich aufgenommen. Die fehlende Schlussfolgerung bei der Gerichtsverhandlung hinderte viele Norweger nicht, sich mit dem von dem Film aufgeworfenen Problem zu beschäftigen. Auffallend ist hierbei die hohe Zahl der den Film und das in ihm enthaltene Problem bejahenden Kinobesucher. Es ist tatsächlich so, dass sich viele Norweger die Gedankengänge des sich verteidigenden Professors zu eigen machen und ebenfalls - besonders unter Berücksichtigung des vorliegenden Filmmotivs - die Tötung unheilbarer Kranken begrüssen und teilweise sogar fordern.

Die starke Anteilnahme des norwegischen Filmpublikums an dem Film "Ich klage an" erklärt sich nach der Auffassung eines guten Kenners der norwegischen Filmverhältnisse daraus, dass hier zum Unterschied zu den sonstigen grossen deutschen Problemfilmen ein individuelles Schicksal behandelt wird. Die Behandlung des Schicksals eines Einzelmenschen entspricht viel mehr der norwegischen Mentalität als das Schicksal einer Gemeinschaft, wie es zum Beispiel in den deutschen Filmen "Jud Süß", "Heimkehr", "Annelie" usw. behandelt wird. Es kommt hinzu, dass das norwegische Filmpublikum das hohe künstlerische Niveau des Films durchaus zu würdigen weiss.

Nachstehend werden einige Pressekritiken über den Film wiedergegeben. Grundsätzlich ist hierzu zu sagen, dass die norwegische Presse bei der Filmbesprechung viel freier als die deutsche urteilt, so dass die in den Zeitungen gebrachten Filmbesprechungen als objektiv geschehene Beurteilungen des Films anzusprechen sind.

Die Parteizeitung von NS "Fritt Folk" beschränkt sich in ihrer Filmkritik auf eine kommentarlose Inhaltswiedergabe, ohne überhaupt den grossen künstlerischen und schauspielerischen Leistungen der an dem Film Mitwirkenden auch nur eine Zeile der Anerkennung zu zollen. Dieses unverständliche Verhalten der NS-Presse einem deutschen Spitzenfilm gegenüber hat sogar in norwegischen Kreisen berechnete Verwunderung hervorgerufen.

"Aftenposten" schreibt:

"Es ist kein Zweifel, dass man hier einen der besten deutschen Filme, die überhaupt geschaffen wurden, zu sehen bekommt, vielleicht sogar den besten, was die tägliche aktuelle Handlung betrifft. Das Manuskript hat in einer interessanten und lebendigen Art und Weise eine originelle und fesselnde Schilderung eines Problems wiedergegeben, das schon seit langem zur Diskussion steht; die Tötung aus Mitleid.

Kurz berichtet handelt der Film von einem Professor der Medizin, Thomas Heyt, der durch unermüdete Arbeit in seinem Laboratorium darum kämpft, seine Frau von dem Tode zu retten."

Es folgt dann eine ausführliche Inhaltsangabe des ersten Teiles des Filmes. Es heisst dann weiter:

"Die drei Hauptrollen werden von 3 hervorragenden deutschen Künstlern gespielt - Heidemarie Hathoyer, Paul Hartmann und Matthias Wiemann - von denen der letzte vielleicht der Beste ist. Auch in den anderen Rollen begegnen wir hervorragenden deutschen Künstlern. Selbst in den allerkleinsten Aufgaben sind Künstler beschäftigt, die mit einfachen Mitteln ein vollwertiges Bild geben.

Im zweiten Teil des Filmes wird Prof. Heyt des Mordes angeklagt und die Frage Tötung aus Mitleid wird vor Gericht in allen Schattierungen, in welcher diese Frage diskutiert wird, aufgewollt. Hier ist der Film dabei, einen gefährlichen Abstecker zu machen. Es ist die Tendenz, diesen einzelnen Fall aus seinem Zusammenhang herauszureissen und für eine Verallgemeinerung zu benutzen. Und zwar für das,

/

was man mit einem allgemeinen Wort Todeshilfe nennen kann. Hier wird die Frage aufgeworfen, hat ein Arzt das Recht einen Patienten von den Leiden zu befreien, von denen er niemals geheilt werden kann?

Der Film selber streift das Problem mit einem Kind, das an Gehirnhautentzündung leidet und Krüppel und Idiot für den Rest seines Lebens wird. Während der Gerichtsverhandlung taucht die Frage auch in anderer Verbindung auf und man diskutiert offen, wie weit der Staat gewisse medizinische Sachverständige einsetzen soll, die eine Entscheidung treffen können, für die Fälle, wo Tötung aus Mitleid als verantwortlich angesehen werden kann.

Diese Andeutung einer Verallgemeinerung des Problems, so schliesst "Aftenposten", erschwert es, die Frage zu beantworten, die den Film abschliesst. Soll Prof. Hoyt verurteilt oder freigesprochen werden. In diesem speziellen Fall, den der Film uns hier zeigt, wo die Todeshilfe eine rein persönliche Reaktion ist, verankert in einem teuren und reinen Liebesverhältnis, werden viele antworten, dass er freigesprochen werden soll.

Aber im allgemeinen? Viktor Hugo hat gesagt: Es gehört ein unfehlbarer Richter dazu, ein unersetzbares Urteil zu fällen. "

"Nationen" urteilt über den Film "Ich klage an":

"Der Hauptfilm unter den vielen Osterpremierern ist ohne Einwand der grosse deutsche Arztfilm "Ich klage an".

Der Film behandelt die alte Frage, ob der Arzt das Recht hat, einen hoffnungslos Kranken von seinem Leiden zu befreien. In dem Film ist es die Frau des Arztes, die die Kranke ist und die horzzerreissende dramatische Situation, die daraus erfolgt, ist voll ausgenutzt. Wir folgen der lebensstrahlend jungen Frau in ihrem schönen Heim und in ihrer Freude, dass der Mann zu einer ehrenvollen Stellung ernannt worden ist. Wir sehen ihre Liebe und ihr Glück und da kommen die ersten Zeichen der unheimlichen schleichenden Krankheit, die nur mit dem Tode erlen kann. Wir folgen dem verzweifelten Kampf des Mannes, bis er einsieht, dass das Ganze hoffnungslos ist und er ihr das Gift als Befreiung gibt. Die Gerichts-

57
-- 58 --

szene am Schluss mit der flammenden Verteidigungsrede erreicht die Höhe des ersten Teiles des Films mit diesem spannenden Kampf, so lebend und menschlich gespielt, dass jede Verteidigungsrede nachher als überflüssig erscheint. "

Über die Aufnahme der in der letzten Zeit angelaufenen deutschen Ufa-Wochenschau bei der Bevölkerung liegen der hiesigen Dienststelle mehrere Berichte vor, in denen es u.a. heisst: Die z. Zt. in einigen Kinos in Oslo laufende Ufa-Wochenschau zeigt u.a. Bilder von dem Besuch französischer Schauspieler in Deutschland. Es wird u.a. gezeigt die Abfahrt in Paris, sehr flüchtig die Ankunft in Berlin, einige der französischen Schauspieler auf nichtssagenden Plätzen usw.

Dann folgen Bilder von einer Bauernversammlung in Weissrussland. Es wird die Bauernmenge gezeigt. Dann hört man russischen Kirchengesang und nimmt an, dass dieser Gesang von der Menge stammt. Man wird aber durch ein anderes Bild, das ebenfalls durch Kirchengesang musikalisch unterbaut ist, eines anderen belehrt. Das Bild zeigt nämlich einen Redner, der mit dem Mund Sprechbewegungen macht. Dann erscheint ein deutscher Offizier auf der Leinwand - der Kirchengesang ist noch immer zu hören - und spricht mit ausserordentlich unschönen rednerischen Bewegungen zu der Menge. Diese Szene erregt Gelächter im Zuschauerraum.

Ferner werden Bilder von der Osram-Birnen-Produktion gezeigt. Die Aufnahmen könnten durchaus aus einem Reklamefilm der Firma Osram aus der Vorkriegszeit stammen. Sie sind auf jeden Fall ohne aktuelle Bedeutung. Die gezeigten Bilder sind ein einfaches Spiel mit technischen Effekten. Es werden sozusagen lediglich die technischen Glanznummern des Produktionsganges gezeigt. Irgendwelche Bilder über die sozialen Einrichtungen des Betriebes, über den Arbeitsschutz oder dergleichen fehlen ebenso wie man einen Bezug auf den gegenwärtigen Krieg restlos vermisst. Die propagandistische Absicht dieses Bildberichtes bleibt vollkommen rätselhaft.

z

Von der Front werden nur sehr wenig Bilder gezeigt. Im Mittelpunkt des Bildberichts von der Ostfront steht eine Aufnahme-reihe von einer Trainkolonne auf dem Marsch. Über die Strasse weht ein heftiger Wind und treibt Wolken staubigen Schnees vor sich her. Diese Bilder sind ausserordentlich eindrucksvoll. Ihr propagandistischer Effekt dürfte jedoch gering sein. (Er würde vor wenigen Wochen geradezu negativ gewesen sein.) Die gezeigten Bilder sind eine naheliegende Parallele zu den bekannten künstlerischen Darstellungen des Rückzugs Napoleons aus Russland.

Diese Bildserie schliesst mit der Darstellung des Einsatzes deutscher Panzerwagen. Der Sprecher erklärt dazu: "Der Vormarsch geht weiter". Abgesehen davon, dass bei einem solchen kritischen Publikum unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Wort "Vormarsch" auf jeden Fall vermieden werden sollte, erwartet der Zuschauer nunmehr aber, dass ihm zumindest ein Teilstück dieses Vormarsches gezeigt wird und ist dann natürlich enttäuscht oder zu Witzeln aufgeleitet, wenn die Bildserie nunmehr abschliesst.

Sehr viel Interesse erregten natürlich die Bilder von St. Nazaire. Nach Beendigung des Filmes aber wurde von zahlreichen Leuten die Frage gestellt, warum die angeblich unversehrten Schleusen von St. Nazaire nicht gezeigt wurden. Diese Tatsache wird natürlich von dem durchschnittlichen Publikum als ein Beweis für den Erfolg der englischen Aktion gewertet, zumal die Bilder von zerstörten Häusern usw. auf einen heftigen Kampf an Land hinweisen.

- 59 -

P r e s s e .

Die Gerüchte, die von einer bevorstehenden Betriebseinstellung bei "Bergens Aftenblad" sprachen, haben sich inzwischen bestätigt. Auf Grund finanzieller Schwierigkeiten hat die Zeitung am 21.4. ihr Erscheinen eingestellt. Es handelt sich bei "Bergens Aftenblad" um die älteste norwegische Zeitung, die erstmals im Jahre 1765 als "Efterretninger fra Adresse-Contoiret i Bergen i Norge" erschien.

Die Einstellung der Zeitung wird nach Meldungen aus Bergen in positiv eingestellten Kreisen besonders deshalb bedauert, weil sie sich unter den drei Bergener Zeitungen, die nach einer Zeit der Unklarheit seit der Ernennung der neuen Schriftleiter (vgl. Nr. 34 der "Meldungen aus Norwegen") allmählich eine feste Linie gefunden hatten, durch besonders wirkungsvolle Aufmachung auszeichnete. Im Zusammenhang mit der nun erfolgten Niederlegung der Zeitung wurde die Haltung des NS-Redakteurs Severud in weiten Kreisen stark kritisiert. Obwohl Severud als langjährigem Mitarbeiter die schlechte wirtschaftliche Stellung der Zeitung bekanntgewesen sei, habe er bei seiner Einstellung als verantwortlicher Schriftleiter auf einem Gehalt von 12.000 Kronen jährlich bestanden, während sein Vorgänger auf 25 % seines Gehalts verzichtet hatte und nur 8.300 Kronen erhielt. Severud übernahm später auch noch die Funktionen des ausscheidenden Geschäftsführers, die mit 6.000 Kr bezahlt wird, so dass er insgesamt 18.000 Kronen jährlich bezog. Damit habe er zu einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Zeitung beigetragen, die jetzt - 10 Wochen nach seiner Einsetzung als verantwortlicher Schriftleiter - zur Einstellung des Blattes geführt habe. In der Öffentlichkeit sei dadurch der Eindruck eines üblen Geschäftes entstanden, das man in gegnerischen Kreisen als Musterbeispiel für das Gebaren von NS-Angehörigen hinstellt, zumal Severud auch noch die ihm gesetzlich allerdings zustehende Weiterzahlung seines Gehalts für 6 Monate fordert.

/

Eine ähnliche, wenn auch nicht gleich gute Aufmachung, wie sie für "Bergens Aftenblad" in der letzten Zeit festgestellt werden konnte, zeigt "Morgenavisen". - Bei "Bergens-Tidende", der grössten Bergener-Zeitung mit einer Auflageziffer von 36 000, fällt auf, dass auf der ersten Seite sehr viele lokale Artikel unter grossen Überschriften erscheinen. Dazwischen sind unter nur kleinen Schlagzeilen die wichtigsten militärischen und politischen Ereignisse eingestreut. Redakteur Schreiner hält die klare und offene Form der Berichterstattung, wie sie von "Aftenblad" betrieben wurde, für eine Leserschaft richtig, die objektiv eingestellt ist. Solche Zeitungsleser seien in Norwegen bis heute aber wenig vorhanden. Wenn der Bergenser eine Zeitung, wie es "Aftenblad" war, in die Hand nimmt, drehe er die erste Seite ungelesen um, nachdem er an den Überschriften festgestellt habe, dass hier nur militärische oder aussenpolitische Meldungen und Artikel stehen, die als "Propaganda" abgelehnt werden. Es sei darum notwendig gewesen, eine Form zu finden, den Lesern diese Berichte dennoch unauffällig nahezubringen. Der Erfolg (Steigerung der Abonnentenzahl bei "Bergens Tidende") habe diese Form der Berichterstattung als zweckentsprechend bestätigt. Wichtige lokale Ereignisse würden auffallend auf der ersten Seite gebracht, um den Leser zu fesseln, der dann, ohne es eigentlich zu wollen, die dazwischenstehenden politischen oder militärischen Artikel auch lese. Mit der Zeit sollen die lokalen Berichte auf den ihnen zustehenden Platz und Umfang begrenzt werden. Eine plötzliche Umstellung hätte einen absolut negativen Erfolg. -

Der im Zusammenhang mit dem Schriftleiterwechsel in der Bergener Presse befürchtete Rückgang der Abonnentenzahl ist nicht eingetreten. "Bergens Tidende" hat seit dem Eintritt des NS-Redakteurs Schreiner sogar eine Zunahme der Besucherzahl zu verzeichnen. Die neuen Abonnenten kommen hauptsächlich von der seit einiger Zeit als religiöse Wochenschrift erscheinenden "Dagen".

x

Die vor einiger Zeit den Zeitungen zur Auflage gemachte Herabsetzung der Seitenzahl auf wochentags maximal 4 Seiten, Samstag 6-8 Seiten, bringt für die Bergener Presse Schwierigkeiten mit sich. "Aftenblad" und "Morgenavisen" haben durchschnittlich nur etwa 1/2 Seiten, "Bergens Tidende" aber mindestens 1 1/2, Samstag bis zu 5 Seiten Anzeigen. "Bergens Tidende" hat bei der strikten Durchführung dieser Anordnung mit viel Schwierigkeiten zu rechnen, da sie einerseits als Anzeigenzeitung einen grossen Raum benötigt, zum anderen aber den redaktionellen Teil nur auf ein gewisses Mass beschränken kann.

Als wesentlich ungünstiger werden in einem Bericht aus Bergen die Verhältnisse bei den anderen Provinzzeitungen dieses Bezirkes geschildert. Vor allem für die in Norheimsund erscheinenden Zeitungen "Hordalands Folkeblad" und "Hardanger Bygdeblad" schein es, nach der Aufmachung zu schliessen, keine wichtigeren Ereignisse zu geben als irgendwelche religiöse und lokale Begebenheiten. Die Ereignisse des politischen und militärischen Zeitgeschehens finden nur ganz nebensächliche Beachtung. Von "Hordalands Folkeblad" wurde noch Ende März ein Artikel religiösen Inhalts mit der Herkunftsbezeichnung "Von Stortingsmann (!) "Nils Lavik" versehen.

Auf Veranlassung des Reichskommissariats hat die Zeitung "Nordkap" in Hammerfest ihr Erscheinen mit Wirkung vom 20.3.1942 eingestellt, womit das NS-Organ "Finnmark Folkeblad" als einzigste Tageszeitung der Westfinnmark verbleibt. "Nordkap" wies Ende Februar eine Auflage von 2.500 Exemplaren auf, d.h. doppelt so viel wie Mai/Juni 1941. Damit war die bisher höchste Auflagenziffer einer Zeitung der Westfinnmark (1050) bedeutend überschritten worden. Die Geschäftswelt bediente sich für ihre Anzeigen ausschliesslich des "Nordkap", so dass die finanzielle Lage von "Finnmark Folkeblad" stets ungünstig war und Parteizuschüsse gewährt werden mussten. Negative Auswirkungen stimmungsbässiger Art infolge der Schliessung von "Nordkap" sind bisher nicht festzustellen gewesen.

/

Aus Harstad wird gemeldet, dass durchsickernde propagandistische Feindmeldungen einen verstärkten Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung ausüben, da infolge von Stromeinsparungen die "Harstad Tidende" mit einer Auflage von 4500 Stück seit mehreren Wochen nicht mehr erscheint. Es wird versucht, den Ausfall dieses Propagandamittels durch den Aushang von Meldungen in Zeitungskästen einigermaßen zu überbrücken.

Im Personalstand der Osloer Zeitung "Aftenposten" ist durch die Kündigung der beiden Redakteure Willoch und Flaaten sowie durch die Einstellung des Musikreferenten Erpekun Sem eine Besserung eingetreten. Redakteur Överland, der zu den am stärksten gegenwärtig eingestellten Schriftleitern dieser Zeitung gehört und die Zusammenarbeit mit den wenigen NS-Redakteuren bei Aftenposten laufend ersichtete, sollte festgenommen werden, wurde jedoch nur einem Verhör unterzogen, da die Presseabteilung des Reichskommissariats von seiner Festnahme ungünstige Folgen für die Position der Zeitung in der Öffentlichkeit befürchtete. Överland gab bei seiner Vernehmung offen zu, dass er "kein Freund der NS" sei und eine "abwartende Stellung" einnehme. Er versprach, künftighin alles tun zu wollen, was zu einer guten Zusammenarbeit mit den NS-Angehörigen erforderlich ist und wurde darauf mit einer sicherheitspolizeilichen Verwarnung entlassen.

Der bisher als Beilage von "Fritt Folk" erscheinende "Hirdmannen" erscheint seit 18. April als selbständige Wochenzeitung des Hird in der Reichsdruckerei der NS. Verantwortlicher Schriftleiter ist wie bisher Yngvar Fyhn.

Die Zeitschrift "Norsk Ukeblad" hatte in ihrer Nr. 6 eine Zeichenserie veröffentlicht, die eine Verächtlichmachung der Deutschen Wehrmacht darstellt. Sie wurde deshalb auf Anordnung des Reichskommissars für 4 Wochen verboten. Ausserdem wurde das in Bergen erscheinende Kirkereideblad "By Helk" für dauernd verboten.

Auf dem Internationalen Journalistenkongress in Venedig vom 10. bis 12. April, an dem als norwegische Vertreter u.a.

die Minister Lunde und Kontorchef H o l m b o e teilnahmen, hielt Minister Lunde eine Rede, deren Hauptpunkte in einer Schilderung der englischen Machenschaften, die zur Ernennung des englandhörigen Prinzen Carl zum norwegischen König führten, und in einer Abrechnung mit der englischen Lügenpresse bestanden, die einen grossen Teil der Schuld an den verhängnisvollen Ereignissen und Zuständen in Norwegen trägt.

Auf einer abschliessenden Sitzung des Präsidiums der Union am 13. April 1942 wurde Norsk Pressesamband in die Union Nationaler Journalistenverbände aufgenommen.

Nach seiner Rückkehr rief Minister Lunde am 21. April die Presse zusammen, um nochmals eine ausführliche Schilderung seiner Reise zu geben. Es hat in Pressekreisen ausserordentliches Befremden hervorgerufen, dass die Zeitungen vom Pressedirektorat die Anweisung erhielten, für diesen Bericht eine ganze Seite zu verwenden, wofür über den Rahmen der Papierrationierung hinaus Papier für zwei zusätzliche Seiten freigegeben wurde. Die Zeitungen erhielten weiter eine Anzahl von Bildmatritzen, von denen mehrere zu bringen waren. Selbst von NS-Journalisten wird auf das Überflüssige und Peinliche hingewiesen, zumal die Öffentlichkeit über den Verlauf der Reise Lundes durch laufende Berichte bereits hinreichend unterrichtet gewesen sei. Bezeichnend sei, dass wohl für diesen Bericht über Lundes Reise, nicht aber für die Berichte zum 2-jährigen Bestehen des Reichskommissariates zusätzlich Papier freigegeben worden sei.

Wie bereits früher berichtet wurde, war die Verkündung der Gründung eines norwegischen Journalistenverbandes verhältnismässig ruhig aufgenommen worden. Man wartete auf die Ausführungsbestimmungen zum Pressesamband-Gesetz, um diese zum Anlass des Einschwenkens in die Widerstandsfrent nehmen zu können. Da die Veröffentlichung dieser näheren Bestimmungen auf Grund der Erfahrungen z.B. mit den Lehrern bisher zurückgehalten wurde, bespricht man jetzt eifrig den Beitritt zur Union Nationaler Presseverbände, um damit eine Streikmentalität zu erzeugen.

Einzelne Berichte besagen, dass sich in dieser Agitation besonders die weiblichen Journalisten bei "Dagbladet" und "Morgenbladet" hervortun. Man meint in positiv eingestellten Journalistenkreisen, dass man jetzt alles vermeiden müsse, was zu einer weiteren Verschärfung der Lage auf dem Gebiete der Presse beitragen könnte, vor allem aber, dass man auch weiterhin mit der Bekanntgabe weiterer Einzelheiten über Norsk Pressesamband abwarten müsse.

S p o r t

Reichborn-Kjennerud, der schon seit längerer Zeit als Richter beim Höchstgericht tätig ist und deshalb seine Geschäfte als Führer des norwegischen Sports nur noch nebenbei erledigen konnte, wird in den nächsten Tagen an die Ostfront gehen. Das Rücktrittsgesuch des norwegischen Sportführers, das Minister Stang schon länger zugestellt war, ist am 10. April d.J. genehmigt worden. Bereits drei Tage später wandte sich Minister Stang an Reichborn-Kjennerud mit der Aufforderung, die Führung des norwegischen Sports bis auf weiteres wieder zu übernehmen. Im Sportdepartement und in führenden Kreisen des norwegischen Sportes ist man der Ansicht, dass dieser Schritt des Ministers erkennen lässt, welche Schwierigkeiten sich ihm bei der Neubesetzung des Sportführerpostens in den Weg stellen, zumal dem Minister die bevorstehende Abreise Reichborn-Kjenneruds an die Front bekannt gewesen sein dürfte. Verschiedentlich wird aber auch die Unschlüssigkeit Stangs mit der Abwesenheit des Bürochefs Holm, der sich augenblicklich in Deutschland befindet und den Minister in sportlichen Angelegenheiten zu beraten pflegt, in Zusammenhang gebracht. Durch diesen "Schwebezustand" werden voraussichtlich verschiedene Vorhaben, wie z.B. die Ausarbeitung eines Sportsatzes vorläufig nicht ausgeführt.

Das Gesicht der öffentlichen Sportveranstaltungen wird auch weiterhin geprägt durch die Aktivität der NS-Angehörigen in den Hauptverbänden, während sonst kaum namhafte Veränderungen eingetreten sind. Die tatsächliche Stimmung lässt sich immer wieder erkennen bei der Übernahme von Sportvereinen durch NS-Mitglieder, die die Wiederaufnahme der sportlichen Tätigkeit herbeiführen sollen. Beim "Stavanger-Turnverein", der ungefähr 1.200 Mitglieder hat, wurde im Zuge der Neuordnung des norwegischen Sportlebens ein neuer Vorstand eingesetzt. Der neue Vorsitzende ist langjähriges Mitglied des Vereins. Zum Zwecke der Übergabe war der alte Vorstand zusammengerufen und ihm die Frage vorgelegt worden, ob er sich weiterhin dem nor-

x

wegischen Sport zur Verfügung stellen wolle. Mit dem Bemerkten, dass auch die Mitglieder des Vereins unter den jetzigen Umständen eine sportliche Betätigung nicht wünschen, wurde das Anerbieten abgelehnt. Da die Mehrzahl der Mitglieder des Vereins aus Jössingern besteht, verhalten sich auch die wenigen Neutralen aus Furcht vor einem gesellschaftlichen Boykott ablehnend. Aus den Äußerungen des jetzigen Schriftführers des Turnvereins ist vollkommene Ratlosigkeit hinsichtlich der zu ergreifenden Massnahmen zu erkennen. Man ist anscheinend davon überzeugt, dass eine Aufforderung zur Wiederaufnahme des Turnbetriebs in ihren Folgen ein Fiasko bedeutet, darum wird der Beginn der aktiven Arbeit immer wieder hinausgeschoben.

Der Flekkefiorder Fussballklub, der ebenfalls einen NS-Vorsitzenden erhielt, hatte früher ein Vereinsvermögen in Höhe von ca vierschntausend Kronen. Ehe der neue Vorsitzende seinen Posten antrat, wurde von dem bisherigen Verwalter des Vereinsvermögens eine Verteilung des Geldes an einen engeren Kreis von Mitgliedern vorgenommen. Die Gelder waren zu einem Teil schon verausgabt worden. Von der norwegischen Staatspolizei wurden ebenfalls sieben führende Mitglieder des Vereins festgenommen und erst nachdem diese sich ehrenwörtlich und schriftlich verpflichtet hatten, die Sportarbeit im Sinne der Neuordnung wieder aufzunehmen und die veruntreuten Gelder zu ersetzen, wurden sie wieder freigelassen.

Nach der Einsetzung des neuen NS-Kreisportführers in Drontheim haben rund 60 Sportler aus Protest ihren Austritt aus ihren Vereinen vollzogen. Auf den Druck der Fylkesführung hin, wurden die 60 Sportler von ihren Arbeitsplätzen entlassen. Durch das Arbeitsamt Drontheim sollten diese Sportler dienstverpflichtet werden, und zwar 40 Mann zu A/S Frostfilet Drontheim und 10 zum gleichen Betrieb nach Bodö. Die restlichen 10 sollten anderweitig untergebracht werden. Um jedoch die Gefahr einer direkten Zersetzungsarbeit im Betrieb durch diese "Jössinger" zu vermeiden, lehnte die Leitung des Betriebes die

Dieser sich aus Bank- und Büroangestellten zusammensetzenden Arbeiter mit der gleichzeitigen Begründung ab, dass ihr Betrieb kein Konzentrationslager sei. Inzwischen wurden auf Grund von Krankheit, finanziellen Schwierigkeiten und Bescheinigungen von der NS-Führung der grösste Teil der Arbeitsverpflichtungen wieder rückgängig gemacht, so dass nur noch 10 Sportler zum Flugplatzbau verpflichtet wurden. Nach Rücksprache mit dem Fylkesführer der NS und dem Kreissportführer wurde schliesslich auch die Dienstverpflichtung dieser 10 Sportler zurückgezogen.

In Magnor hatten sich zwei frühere Vorstandsmitglieder eines Sportvereins bereit erklärt, der Neugründung des "Sportvereins Magnor", der unter der Leitung eines Hirdmannes stehen sollte, ihre Unterstützung zu geben. Unmittelbar vor Beginn der Gründungsversammlung teilten beide jedoch in einer schriftlichen Mitteilung dem Hirdmann mit, dass sie nicht gewillt seien, an der Neugründung eines Sportvereines mitzuarbeiten. Da es sich bei den beiden Vorstandsmitgliedern um einflussreiche Persönlichkeiten handelt, ist die Sabotage der Neugründung wohl beabsichtigt gewesen.

Verwaltung und Recht.

Innerhalb der Rechtsanwaltschaft hat sich die Situation seit dem letzten Lagebericht (vergl. "Meldungen aus Norwegen" Nr.37) kaum verändert. Im Hinblick auf die angespannte innerpolitische Situation wurde vorläufig von einem weiteren Ausbau des Anwaltensverbandes abgesehen. Unter den gegenwärtigen Anwälten sind noch immer Bestrebungen erkennbar, demonstrativ den Anwaltsberuf niederzulegen und aus dem Verband austreten. Ein äusserer Anlass wird abgewartet, um auf Weisung einer "Zentrale" einen Massenaustritt schlagartig zu organisieren. Die von hier aus veranlasste Festnahme führender Gegneranwälte im Zuge einer Geiselaktion dürfte jedoch den grössten Widerstand innerhalb der Rechtsanwaltschaft in ihrer Kraft gebrochen haben.

In letzter Zeit hat das Volksgericht stärker in den Mittelpunkt des Interesses. Anlass gab vor allem auch das in der Bevölkerung viel beachtete Verfahren gegen den Richter Bakke, der Ende 1940 zu einem Freunde, der NS-Mitglied war, geäussert hatte, dass er über dessen Eintritt in die NS betrübt sei. Der Justizminister hatte deswegen gegen Bakke eine Busse von 5.000 Kronen verhängt. Bakke erhob Widerspruch und die NS-Richter des Volksgerichts waren mit 2:1 Stimme der Überzeugung, dass in der Äusserung kein abfälliges Urteil über NS zu erblicken und nach den damals geltenden Gesetzesbestimmungen ein Freispruch berechtigt sei. Beseichnend für die Einstellung der Gegnerkreise ist die Tatsache, dass in der Bevölkerung erzählt wird, Bakke sei mit 2 Stimmen gegen die eine des nazistischen Vorsitzenden freigesprochen, wäre aber sicher verurteilt worden, wenn zufällig auch ein zweiter Richter NS-Mitglied gewesen wäre; man ersehe jedenfalls hieraus, dass ein Nazist jede sachliche Äusserung als "Angriff" auffasse und demgemäss jegliche freie Meinungsäusserung unterbinden werde, wenn das kürzlich erlassene "Gesetz zum Schutz vom Volk und Staat" eine weitere Handhabe bilde. Das Urteil Bakke sowie andere Freisprechungen des Volksgerichts erweckten bei einem Teil der Bevölkerung den Eindruck, dass das Gericht

objektiv zu urteile. Gegner der NS verbreiten, die Regierung sei mit verschiedenen Freisprechungen nicht einverstanden und habe den Richtern eine Rüge erteilt.

Am 8. April wurde der frühere Bischof Berggrav verhaftet. Die Regierung beabsichtigte, ihn wegen Hochverrats, Beleidigung des Führers Adolf Hitler sowie falscher Zeugenaussage vor dem Volksgericht unter Anklage zu stellen. Die Anklage wegen Hochverrats sollte sich auf die Verantwortlichkeit Berggravs für den Rücktritt des Pfarrers stützen. Die Anklage wegen Beleidigung des Führers Adolf Hitler sollte mit dem Material begründet werden, dass der Reichskommissar in seiner Rede anlässlich des Staatsaktes auf der Festung Akershus am 1. Februar 1942 veröffentlichte. Diese beiden Anklagepunkte wurden jedoch fallen gelassen. Berggrav wurde lediglich wegen falscher Zeugenaussage, die nach § 166, Abs. 1 des norwegischen Strafgesetzbuches, strafbar ist, unter Anklage gestellt. In der Anklageschrift heisst es, dass Berggrav am 25. März 1942 von dem Polizeibevollmächtigten Krentz darüber vernommen worden sei, ob er den Inhalt des Gespräches, das er mit Quisling und einigen Ministern auf dem Schloss in Oslo geführt habe, dritten Personen mitgeteilt habe. Bei diesem Verhöre habe Berggrav wahrheitswidrig erklärt, er habe absolut nichts getan, um Aufklärungen über die Unterredung zu verbreiten, er habe kein schriftliches Referat von dieser Unterredung gegeben und sie sei von ihm lediglich in einem an den Bischof Stören gerichteten Brief, von dem nur die anderen abgesetzten Bischöfe Durchschläge bekommen hätten, erwähnt worden. Gemäss der Absicht der Regierung sollte der Prozess schon am 13. April vor dem Volksgericht stattfinden. Wegen der Durchführung dieses Prozesses kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den Richtern des Volksgerichts und dem Justizminister. U.a. soll auch die Frage der Unabhängigkeit der Richter zur Diskussion gestanden haben. Aus politischen Erwägungen heraus untersagte der Reichskommissar die Durchführung des Prozesses. Dar ufhin erschien in der Presse ein Artikel von dem Präsidenten

x

- 70 -

des Högstgerichts, in dem ausgeführt wurde, dass Berggrav wegen falscher Zeugenaussage wahrscheinlich nicht bestraft werden könne, da anzunehmen sei, dass er sich bei der fraglichen Vernehmung durch den Polizeibevollmächtigten Krantz "verfolgt und verdächtigt" gefühlt habe. Soweit diese Prozessangelegenheit in norwegischen Juristenkreisen bekannt geworden ist, wird die Handlungsweise der norwegischen Regierung als übereilt und unüberlegt bezeichnet.

Auf dem Gebiete der Rechtsetzung brachten die letzten Wochen verschiedene neue Gesetze, von denen "das Gesetz über die Enteignung von festem Eigentum zugunsten der Öffentlichkeit" vom 15.3.1942 (Norsk Lovtidend Nr. 15 S. 167) erwähnenswert erscheint. Dieses Gesetz wurde - wie festgestellt werden konnte - bereits Wochen vor der Veröffentlichung gerüchtweise "kommentiert". Es verlautete dabei, dass "gewisse Persönlichkeiten" ein grosses Interesse an einem baldigen Inkrafttreten dieses Gesetzes zeigen würden. Der Gesetzestext sei so abgefasst, dass gegebenenfalls jeglicher Grund und Boden "auf Umwegen" zu privaten Zwecken enteignet werden könne. Wenn auch bis jetzt - nach hiesigen Feststellungen - noch keine Anhaltspunkte für die Wahrheit oder Unwahrheit dieser Gerüchte festgestellt werden konnten, so ist doch das genannte Enteignungsgesetz hinsichtlich seines "umfassenden" Geltungsbereiches - was die gesetzliche Auslegung betrifft - allgemein beachtlich.

"Wenn die öffentlichen Interessen es verlangen, ist jeder nach § 1 Abs. 1 verpflichtet, gegen volle Erstattung sein Eigentum - recht oder andere Rechte an festem Eigentum an die Öffentlichkeit (Staat oder Kommune) abzutreten". Nach § 3 Abs. 1 "wird bestimmt, dass die Entscheidung über eine Enteignung vom Innenministerium getroffen wird, nachdem der Besitzer oder andere Berechtigte zur eigenen Äusserung und Stellungnahme Gelegenheit erhalten haben. In Absatz 2 wird hinzugefügt; dass die Entscheidung des Departements über die Enteignung nicht von den Gerichten nachgeprüft werden kann. In § 7 des Gesetzes werden sodann sämtliche bis jetzt bestehenden Enteignungsgesetze bzw. Verordnungen aufgehoben.

/

- 70 -

des Högstgerichts, in dem ausgeführt wurde, dass Berggrav wegen falscher Zeugenaussage wahrscheinlich nicht bestraft werden könne, da anzunehmen sei, dass er sich bei der fraglichen Vernehmung durch den Polizeibevollmächtigten Krantz "verfolgt und verdächtigt" gefühlt habe. Soweit diese Prozessangelegenheit in norwegischen Juristenkreisen bekannt geworden ist, wird die Handlungsweise der norwegischen Regierung als übereilt und unüberlegt bezeichnet.

Auf dem Gebiete der Rechtsetzung brachten die letzten Wochen verschiedene neue Gesetze, von denen "das Gesetz über die Enteignung von festem Eigentum zugunsten der Öffentlichkeit" vom 15.3.1942 (Norsk Lovtidend Nr. 15 S. 167) erwähnenswert erscheint. Dieses Gesetz wurde - wie festgestellt werden konnte - bereits Wochen vor der Veröffentlichung gerüchtweise "kommentiert". Es verlautete dabei, dass "gewisse Persönlichkeiten" ein grosses Interesse an einem baldigen Inkrafttreten dieses Gesetzes zeigen würden. Der Gesetzestext sei so abgefasst, dass gegebenenfalls jeglicher Grund und Boden "auf Umwegen" zu privaten Zwecken enteignet werden könne. Wenn auch bis jetzt - nach hiesigen Feststellungen - noch keine Anhaltspunkte für die Wahrheit oder Unwahrheit dieser Gerüchte festgestellt werden konnten, so ist doch das genannte Enteignungsgesetz hinsichtlich seines "umfassenden" Geltungsbereiches - was die gesetzliche Auslegung betrifft - allgemein beachtlich.

"Wenn die öffentlichen Interessen es verlangen, ist jeder nach § 1 Abs. 1 verpflichtet, gegen volle Erstattung sein Eigentum - recht oder andere Rechte an festem Eigentum an die Öffentlichkeit (Staat oder Kommune) abzutreten". Nach § 3 Abs. 1 "wird bestimmt, dass die Entscheidung über eine Enteignung vom Innenministerium getroffen wird, nachdem der Besitzer oder andere Berechtigte zur eigenen Äusserung und Stellungnahme Gelegenheit erhalten haben. In Absatz 2 wird hinzugefügt; dass die Entscheidung des Departements über die Enteignung nicht von den Gerichten nachgeprüft werden kann. In § 7 des Gesetzes werden sodann sämtliche bis jetzt bestehenden Enteignungsgesetze bzw. Verordnungen aufgehoben.

/

Grundsätzlich wird hierzu aus Fachkreisen geäußert, dass man ¹⁴⁰ zumindest, etwa nach deutschen Vorbildern, eine Gesetzespräambel, in der Staatsziel und Zweck des Gesetzes darzulegen ist, hätte voranstellen können. Da ausserdem Verwaltungsgerichte in Norwegen nicht existieren und auch eine Nachprüfung der Verwaltungsentscheidungen durch die Justiz ausgeschaltet ist, dürfte die Fassung: „wenn die öffentlichen Interessen es verlangen“ gegebenenfalls zu wenig konkret sein. Hervorgehoben wird, dass dieses Enteignungsgesetz doch von allgemeiner politischer Bedeutung ist und man deshalb norwegischerseits mit grösserer Sorgfalt hätte an die Arbeit herangehen müssen.

Wie hierzu festgestellt werden konnte, findet die vom Reichskommissar den Ministern zugestandene Selbständigkeit in norwegischen Verwaltungskreisen allgemein Anerkennung. Vielfach werden jedoch Befürchtungen laut, dass in manchen Fällen auch persönliche Bestrebungen eine Rolle spielen, die dadurch, wie beispielsweise in diesen Enteignungsgesetz, zum Durchbruch kommen würden. In „gut informierten“ Kreisen heisst es, dass dieses Gesetz vor dem 1. Februar 1942 von Reichskommissariat abgelehnt worden sei, nach der Konstituierung der Nationalregierung Quisling aber die „Gelegenheit“ sofort ausgenützt wurde.

Bemerkenswert ist ausserdem, dass „das Gesetz über die Vermögens-einziehung wegen volks- und staatsfeindlicher Tätigkeit“ in dem gleichen Sinne besprochen wird. Wenn es in § 1 Abs. 2 dieses Gesetzes heisst, dass das Vermögen von Personen eingezogen werden kann, wenn diese „öffentlich oder vor einem grösseren Kreis von Personen übelgesinnte Äusserungen über leitende Personen innerhalb des Staates oder der Partei oder über deren Bestimmungen oder Unternehmungen verbreiten“, weiterhin nach § 2 die Vermögens-einziehung vom Innenriksdepartement verfügt wird und wiederum der Einziehungsbeschluss - der in diesem Fall vom Ministerpräsidenten zu unterzeichnen ist - nicht von den Gerichten nachgeprüft werden kann, also kein Rechtsweg zur Verfügung steht, so müsse eine solche Gesetzgebung doch allmählich bedenklich erscheinen. In norwegischen Juristenkreisen wird in diesem Zusammenhang jedoch nicht so sehr von einer etwa notwendigen strengeren Wiedereinschaltung des Reichs-

Kommissars, als vielmehr von einer öfters feststellbaren "persönlichen Unzulänglichkeit" leitender Partei- und Staatsmänner" gesprochen.

Innerhalb der Verwaltung erfolgten in den letzten Wochen verschiedene Personalveränderungen. In zwei Fällen konnte eine grössere Anteilnahme der Bevölkerung festgestellt werden. Die kommissarische Berufung des Politimesters Ramstad zum Fylkesmann in Troms hat besonders innerhalb der Parteikreise Nordnorwegens grössere Erregung hervorgerufen. Die Persönlichkeit Ramstad wird in Tromsfylke innerhalb der Gesamtbevölkerung allgemein abgelehnt. Ramstad wird als königstreu bezeichnet, der innerlich mit NS nichts zu tun habe.

Ebenso hat die kommissarische Berufung des Ordförers von Aker, Stenersen, zum Fylkesmann in Oslo und Akershus eine sehr geteilte Aufnahme gefunden. Auch in NS-Kreisen sind die Meinungen verschieden. Einerseits wird behauptet, Stenersen sei persönlich und fachlich völlig unfähig, andererseits wird ihm eine anerkennenswerte persönliche Verantwortungsfreudigkeit und ein gewisser "Verwaltungsschwung" zugeschrieben. Nachdem bekannt wurde, dass einige Lager- und Ordförer der Fylke Akershus aus Protest gegen Stenersen zurücktreten wollten, schritt Fylkesföör Thronsdon ein und befahl den Betreffenden das Verbleiben in ihren Ämtern.

In dem Bestreben den kommunalen Kraftwachstum zu fördern, fand vom 23. bis 27. Februar 1942 auf Veranlassung des Fylkesmanns von Bergen und Hordaland, Astrup, der zugleich auch Fylkesföör ist, ein Kommunallehrgang für Ordförer und sonstige Kommunalbeamte statt. Der Fylkesmann ging bei der Einberufung zu diesem Lehrgang von der Erwägung aus, dass gerade in seiner Fylke bisher eine allzu geringe Zahl von NS-Mitgliedern vorhanden ist, die geeignet sein könnte, eine kommunale Aufgabe zu übernehmen. Nach dem hier vorliegenden Bericht hat sich dieser Lehrgang in Bergen als sehr zweckmässig und erfolgreich erwiesen. Während anfänglich von allen Teilnehmern sichtliche Zurückhaltung geübt wurde,

kam es sehr bald zu lebhaften allgemeinen Diskussionen. U.a. meldeten sich während der Lehrganges zwei Teilnehmer zur Aufnahme in die NS an. Da vom Innenriksdepartement die für das Frühjahr 1942 geplante Errichtung einer allgemeinen Verwaltungsschule z.Zt. keine Fortschritte zu machen scheint, werden dergleichen, wenn auch nur bezirkliche Schulungseinrichtungen, als erfreuliche und bemerkenswerte Initiativen verzeichnet.

d) Wirtschaft.
Ernaehrungswirtschaft.

Die Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevoelkerung mit Lebensmitteln (Kartoffeln, Speisefetten, Fleisch, Brot usw.) halten, wie aus fast allen Teilen Norwegens berichtet wird, an und haben sich in Bezug auf die Kartoffelversorgung weiter verschaeft. So wird z.B. aus Kristiansand berichtet, dass der Kartoffelmangel seit einigen Wochen sich empfindlich bemerkbar macht und dadurch auch in letzter Zeit groessere Schwierigkeiten in der Brotversorgung aufgetreten sind. Die an Stelle von Kartoffeln verausgabten Mohrrueben sollen den Bedarf bei weitem nicht decken koennen. In Arendal hat die Brotknappheit zu grossen Schlangenbildungen vor den Geschaeften gefuehrt. Im Nordlandfylke wird darueber geklagt, dass die vom Handelsdepartement angekuendigte Belieferung mit Mohrrueben und Kohlrabi als Ersatz fuer Kartoffeln vollkommen ausgeblieben ist. Von einer Besserung der Versorgungslage wird lediglich aus Bergen berichtet. Dort konnte die Bevoelkerung mit verschiedenen Lebensmitteln verhaeltnismaessig gut versorgt werden, was sich stimmungsmaessig guenstig ausgewirkt und zu der Hoffnung Anlass gegeben hat, dass nunmehr die groessten Schwierigkeiten ueberwunden seien und die Lage sich allmaechlich wieder bessern werde. Verhaeltnismaessig gut ist in Bergen die Versorgung mit Gemuese, insbesondere mit Kohlrueben und Kohlrabi geworden. Auch der Fettmangel konnte durch die Lieferung von Margarine verringert werden.

Die diesjaehrige Kartoffelknappheit hat die Selbstversorgungsbestrebungen stark gefoertert. So haben verschiedene groessere Betriebe Landbesitz erworben, um dadurch zusaetzliche Versorgungsmoeglichkeiten fuer ihre Gefolgschaftsmitglieder sicherzustellen. Zu den Landarbeiten werden alle Gefolgschaftsmitglieder herangezogen. Kennzeichnend fuer die Selbstversorgungsbestrebungen ist die Tatsache, dass sich in Bergen

beim Holz- und Holzwant, das hier die Verwertung von Land
zustaendig ist, bereits 4 000 Personen (im Vorjahr nur
2 500) gemeldet haben. In dieser Zusammenfassung wird hervorgehoben,
dass nicht genügend Saatgut beschafft werden kann.

Verschiedene Betriebe (De-Nord, Freia Schokoladenfabrik,
Stabil A/S) haben zur Deckung des Brennholzbedarfes Wald-
stuecke gekauft bzw. gepachtet. Die Holzfällerarbeiten
und der spätere Abtransport des Holzes werden ebenfalls
von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern durchgeführt.

In Grentheim wurde durch die Presse die Bevölkerung darauf
vorbereitet, dass sie fast ausschliesslich selbst fuer die
Deckung ihres Brennholzbedarfes fuer den naechsten Winter
zu sorgen hat und aufgefordert, sich freiwillig beim Ar-
beitsamt zum Holzfällen zu melden. Wer wegen Krankheit
oder aus anderen Gruenden hierzu nicht in der Lage ist,
soll, wenn er ein Jahreseinkommen von ueber 6 000 Kronen
hat, einen Selbstbetrag zur Verfuegung stellen. Von diesem
Geld sollen die freiwilligen Holzarbeiter, soweit sie
waehrend dieser Zeit ohne Verdienst sind, bezahlt werden.
10 Tage nach dieser Presseveroeffentlichung waren bereits
15 000 Kronen eingegangen und bis zum 15. April hatten sich
ca. 1 500 Personen aus den verschiedensten Berufsschichten
freiwillig fuer den Holz einschlag gemeldet.

Verschiedentlich wird ueber einen grossen Mangel an Kuehl-
raeumen fuer die Einlagerung von Lebensmitteln berichtet.
So haette z.B. fuerzlich eine Fischgrosshandlung in Bergen
eine Menge von 50 Faessern Barschfilet aus Nordnorwegen
in ihren eigenen und den staetischen Kuehlraeumen nicht
unterbringen koennen. Die Faesse mussten daher sofort zum
Verkauf gebracht werden. In Deutschlandskreisen rechnet man
unter diesen Umstaenden mit einer Versorgungsschwierig-
keiten fuer die Zeit, in der die Zufuhr von Frischfisch
nachlaesst.

- 76 -

Fischwirtschaft.

Die Lofotensaison zeigt weiterhin sehr gute Fangergebnisse. Bis zum 23. Maerz 1942 war der Ertrag auf 57 073 t gegenueber 47 137 t des gleichen Zeitraumes im Vorjahre gestiegen. Dies ist umso erfreulicher, als gewisse Schwierigkeiten in der Versorgung mit Solar- und Schmieroel bestanden haben.

Auch aus Stavanger wird von ausserst ertragreichen Faengen berichtet. Die Faenge sind gegenueber denen der Vorjahre ausserordentlich gut.

Die Neuregelung des Fischverkaufs nach der die Fischer nunmehr ihre Faenge an die Fischaufkaeufer abgeben muessen, die ihrerseits fuer eine gerechte Verteilung verantwortlich gemacht werden, ist, wie aus Tromsø und Harvik berichtet wird, von der Bevoelkerung mit Genugtuung begruesst worden.

Handel.

Nach einem Bericht aus Bergen hat das Hamstern von Nahrungsmitteln besonders auf dem Lande erheblich zugenommen. So werden beispielsweise die aus dem Sogne- und Nordfjord kommenden Routenschiffe von auffallend vielen Personen verlassen, die mit Koffern, Rucksaecken und Kisten geradezu beladen sind, in denen, wie polizeiliche Ermittlungen ergeben haben, Hamsterwaren abgeschleppt werden. Weiterhin wird berichtet, dass mit den gehamsterten Waren ein schwunghafter Handel getrieben wird, wobei erhebliche Ueberpreise gefordert und auch bezahlt werden. Es sollen z.B. fuer 1 kg. Rindfleisch bis zu 8.-Kr., fuer 1 kg. Schweinefleisch 15.- bis 20.- Kr., fuer 1 kg. Butter etwa 20.-Kr., fuer Kaese 12.- bis 20.- Kr. und fuer das Kilogramm Eier noch erheblich hoehere Preise bezahlt werden. Es sei fernerhin bekannt, dass sich auch Deutsche an den Hamsterkaufen be-

- 77 -

teiligen.

Bis auf vereinzelt von der norwegischen Preispolizei durchgeführte Kontrollen der Routenschiffe und der in Bergen ankommenden Züge wird kaum etwas gegen das Hamsterunwesen unternommen. Zudem werden diese Kontrollen noch sehr oberflächlich durchgeführt. Viele Passagiere werden nur nach dem Inhalt ihrer Gepäckstücke befragt. In einem Fall wurde von 350 Passagieren eines Routenschiffes nur das Gepäck von 10 Personen durchsucht. Es ist bezeichnend, dass bei jeder dieser Durchsuchungen, wie aus dem Bericht hervorgeht, Eier, Käse, Butter und dergl. beschlagnahmt wurden. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der Preispolizei in Bergen und insbesondere dem Polizeibevollmächtigten R o g g e Nachlässigkeit in der Bearbeitung von Verstößen gegen die Preisvorschriften vorgeworfen wird. So wurde von der Preispolizei in der Zeit von 29.1. bis 28.4.42 von 86 Vorgängen, die der Preiskontrollrat zur weiteren Erledigung weitergeleitet hatte, nur ein einziger bearbeitet. Dem Bürochef der Preisüberwachungsstelle gegenüber erklärte R o g g e, dass es ihm keineswegs darauf ankomme, die Leute zu fassen, die kleinere Mengen Lebensmittel auf dem Lande aufkaufen. Er habe vor einigen Tagen einen Fall erwischt, in dem Waren im Werte von 10 000 Kronen verschoben worden seien. Auf diese Leute käme es ihm an und nicht auf die kleinen Gelegenheitskäufer.

In verschiedenen Teilen Norwegens wird ueber einen grossen Mangel an Arbeitskleidung und Schuhwerk geklagt. So haben, einem Bericht aus Bergen zufolge, die Geschäfte ihre Bestände an Arbeitskleidung aller Art restlos ausverkauft. Es ist in Bergen augenblicklich kaum möglich, auch nur einen einzigen Arbeitsanzug aufzutreiben. Auch aus Tromsø wird gemeldet, dass sich der Mangel an Arbeitskleidung und Schuhwerk sehr unangenehm bemerkbar macht. Erschwerend sei

ausserden, dass die Schuhreparaturen wegen Materialmangels (Leder, Naegel usw.) nur ungenuegend und bestenfalls nach 6 bis 8 Wochen ausgefuehrt werden koemnten.

Handwerk.

Im Februar d. Js. wurde in der Zeitschrift des norwegischen Handwerkerverbandes "Norges Handverk" darauf hingewiesen, dass der Ausbau der Handwerkerorganisation zu einer Pflichtorganisation erforderlich sei. Wie die Leitung des norwegischen Handwerkerverbandes nunmehr mitteilt, sind die vorbereitenden Arbeiten im vollen Gang. Auf einer Versammlung der Leiter der einzelnen Handwerkerverbaende am 17. Maerz erklaerte der Leiter des norwegischen Handwerkerverbandes, Kjell Erik G u n d e r s e n, dass die Durchfuehrung der Pflichtmitgliedschaft im Norwegischen Handwerkerverband im ersten Halbjahr 42 Tatsache sein werde. In einer Bekanntmachung des norwegischen Handwerkerverbandes an seine Mitglieder heisst es hierzu wie folgt:

"Diese fuer das Handwerk so ueberaus wichtige Angelegenheit steht also vor ihrer Loesung. Alle in dem Verband stehenden Meister haben im Laufe der Jahre viele und weitere Erfahrungen gesammelt, wie wenig Nutzen ihre aufopfernde Arbeit fuer Fach und Stand hatte, weil ein grosser Teil der Handwerker ausserhalb der Organisation steht. Immer sehen naemlich einige ihren Vorteil darin, ausserhalb zu stehen und die Situation auszunutzen, als ob sie nicht an die Uebereinkommen, die ihre organisierten Kollegen zum Nutzen des Standes und man kann auch ruhig sagen, zum Nutzen der Gemeinschaft angenommen haben, gebunden sind. Sie haben da ernten wollen, wo sie nicht gesaet haben. Diesen ungluecklichen Verhaeltnissen soll nun ein Ende bereitet werden. Alle diejenigen, die ein Handwerk als selbstaendigen Lebenserwerb betreiben wollen - in oder ausserhalb des Gebietes, in welchem die Handwerkerengesetze gelten - muessen Mitglied der Handwerkerorganisation sein und sich nach den festgesetzten

Bestimmungen richten. Endlich muss Ordnung im Handwerk geschaffen werden."

Verkehr:

An 11.3.42 wurde die neugebaute Strecke der Nordlandbahn von Mosjøen bis Mo i Rana dem Verkehr uebergeben. Aus diesem Anlass hatte Generaloberst v. Falkenhorst 100 Facharbeiter zum Essen geladen und besonders verdiente Arbeiter "Mein Kampf" mit Widmung und 60.- Kronen ueberreicht. Von der Bevoelkerung, die die Fertigstellung dieser Bahnstrecke sehr begruesste, wurde diese Geste sehr gut aufgenommen. Wenn die Strecke auch noch nicht endgueltig fertig gestellt ist, so stellt sie auch schon jetzt eine erhebliche Verbesserung der angespannten Transportlage in den noerdlichen Gebieten dar.

Finanzwirtschaft:

Banken:

Schon seit laengerer Zeit ist man in norwegischen Finanzdepartement und in NS-Bank- und Wirtschaftskreisen bemueht, einen geeigneten Plan fuer die Reorganisierung des norwegischen Bankwesens aufzustellen. Wie aus Oslo verlautet, hat man sich nunmehr auf folgender Grundlage geeinigt:

"Der organisationsmaessige Teil des Bankwesens soll auf den bestehenden Organisationen mit den notwendigen Veraenderungen aufgebaut werden. Saemtliche Banken in Norwegen werden in der Reichswirtschaftsgruppe Banken erfasst und dem Finanzdepartement unterstellt. Die Gruppe wird folgende Institutionen umfassen:

1. "Den norske Bankforening (Geschaeftsbanken).
2. Zentralforeningen for Norges Sparbanker (Sparbanken).
3. Statsbankenes forening (Staatsbanken).

Fuer alle diese Institutionen wird eine obligatorische Mitgliedschaft angeordnet.

Als Leiter der Reichswirtschaftsgruppe Banken ernennt der Finanzminister einen kommissarischen Direktor (Vertreter), der ein Zentralkontor mit dem erforderlichen Personal errichtet. Dieser Mann bildet das Zwischenglied zwischen dem Finanzdepartement und dem Bankwesen. Er ist Vorsitzender im Bankrat, der wiederum aus den Vorsitzenden der drei Bankinstitutionen besteht. Dieser Rat hat die oberste Leitung des Bankwesens, evtl. mit dem Finanzminister als Praesidenten. Alle Angelegenheiten von groesserer Bedeutung muessen diesem Rat zur Begutachtung vorgelegt werden.

Die Bankinspektion wird erweitert und tatkraeftiger gestaltet. Die Unkosten der Reichswirtschaftsgruppe Banken werden von den drei Bankgruppen getragen. Diese fordern ihrerseits eine Abgabe von ihren Mitgliedern zur Deckung des Zuschusses, den jede Gruppe aufbringen muss."

In NS-Bankkreisen wird der Standpunkt vertreten, dass eine Reihe sehr wichtiger Fragen unberuehrt bleiben muss, da die Zeit noch nicht fuer die Einfuehrung von radikalen Veraenderungen reif sei. Es wird dabei in erster Linie an die Umbildung der Norges Bank in eine Reichsbank und an die Einloesung der Bankaktien in privater Hand gedacht. Ausserdem sie die Frage zu beantworten, inwieweit die Sparbanken, evtl. auch die Geschaeftsbanken, als oeffentliche Einrichtungen betrachtet werden sollen, deren Einlagen vom Staat garantiert werden muessten. Es ginge in erster Linie darum, eine moeglichst schnelle Erfassung aller Banken in einer Gruppe mit obligatorischer Mitgliedschaft und Unterstellung unter das Finanzdepartement durchzufuehren. Um die bestmoeglichste fachliche Hilfe zu erhalten und um Schwierigkeiten irgendwelcher Art zu vermeiden, ist von NS-Bankkreisen mit dem Vorsitzenden der Zentralvereinigung der norwegischen Sparbanken, Gundersen, Verbindung aufgenommen worden. Dieser habe bereits seine Zustimmung zum vorliegenden Plan gegeben und seine Mitarbeit

- 81 -

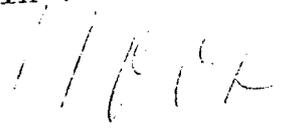
in Aussicht gestellt. Ausserdem sei beabsichtigt, mit dem Vorsitzenden der norwegischen Bankvereinigung in Verbindung zu treten. Wenn diese beiden Institutionen zusammen mit der Vereinigung der Staatsbanken, zu deren Leiter der NS-Bankdirektor Schlytter-Henrichsen ernannt werden soll, dem Finanzminister mit obligatorischer Mitgliedschaft unterstellt werden wuerde, wuerde der Staat, wie in NS-Kreisen angenommen wird, den notwendigen Einfluss auf die Geldpolitik erhalten, ohne dass die Oeffentlichkeit den Eindruck bekommt, dass ein direkter Eingriff vorgenommen wird.

Arbeit und Sozialwesen:

Gewerkschaften:

Auf Grund eines anonymen Rundschreibens haben kurz nach Ostern 400 Mitglieder des Osloer Maurerverbandes ihre Mitgliedsbuecher auf der Verbandsleitung abgegeben. Die Maurer betrachten sich nicht mehr als Mitglieder der Gewerkschaften und sollen uebereingekommen sein, die Racune der Verbandsleitung nicht mehr zu betreten. Die Gewerkschaftsleitung befuerchtet, dass sich dieser Vorfall in Gewerkschaftskreisen sehr schnell herumsprechen und Schule machen wird. Man koennte eine derartige Entwicklung nur durch die Einfuehrung einer obligatorischen Mitgliedschaft verhindern. Vor allem koennte dann der Mitgliedsbeitrag von den einzelnen Betrieben bei der Gehaltszahlung einbehalten werden, da sich in letzter Zeit sehr viele Mitglieder geweigert haben, ihre Beitraege zu bezahlen.

In Vertretung:


SS-Sturmbannfuhrer.

Anlage zum Teil Vollsgesundheit.

Übersetzung des illegalen Mitteilungsblattes
an die Ärzte (teilweise Wiedergabe).

Es besteht heute unter den Ärzten Einigkeit darüber, daß man eine Zwangseinsmeldung in den Norwegischen Ärzteverband mit kräftigstem Protest abweisen muß. Für eine solche Haltung gibt es viele Gründe. Die Behörden gehen jetzt zum Angriff gegen die tragenden Prinzipien unseres Gemeinschaftslebens, Rechte der Eltern und Rechtssicherheiten vor. Die Kirche, Lehrer, Eltern und Juristen haben gezeigt, wo sie stehen und es darf kein Zweifel über unsere Stellungnahme aufkommen. Der Verband, in den man uns hineinzwingen will, hat sich mit seinem Kommissar in offensichtlichen Streit gegen die ethischen Regeln aller ärztlichen Tätigkeit brauchen lassen. Bei der Einstellung von Ärzten ist fachliche Tüchtigkeit von zweitrangiger Bedeutung, während die Mitgliedschaft im Ärzteverband -- eine rein politische Angelegenheit -- heute ausschlaggebend ist. Die Rücksicht auf die Kranken, was für die Ärzte stets das Wichtigste sein sollte, ist grob beiseite geschoben worden. Ihre zynische Einstellung gegenüber den Kranken und deren Wohl und Wehe zeigen die Behörden noch deutlicher durch die Forderung, daß die Kranken im Osloer Fürsorge- und Sozialversicherungswesen nur noch die Ärzte aufsuchen können, die Mitglied des Ärzteverbandes sind; abgesehen von Augen-, Nasen- und Ohrenleidenden werden den Patienten Spezialbehandlungen unmöglich gemacht. Das Bestreben, den Patienten die bestmögliche Behandlung zukommen zu lassen, wurde zynisch beiseite geschoben und der Medizinaldirektor erklärt offen, daß es derartige Rücksichtnahmen heute nicht mehr gibt. Ganz parodistisch wird es, wenn die Behörden zu erreichen versuchen, daß nur die Mitglieder des Ärzteverbandes die Berechtigung haben sollen, Atteste für Diätkost auszustellen. Es ist klar, daß anständige Ärzte sich unter diesen Umständen nicht als Mitglieder eines Verbandes betrachten lassen können, der so arbeitet.

.. 2 ..

Auch andere Dinge machen einen Protest erforderlich. Der tiefere Grund, die Berufsausübenden in Verbände zusammenzuschliessen, ist nicht der unschuldige "Fachliche", mit dem in beruhigenden Pressemitteilungen geprahlt wird, sondern die Absicht ist, eine Grundlage für den Riksting zu schaffen. Der Staat soll auf dem korporativen Prinzip aufgebaut werden und dann soll es heissen, das ganze Volk sei in dem neuen Geist organisiert. Hierbei können wir nicht behilflich sein, so lange die tragenden Prinzipien dieses Geistes in krassestem Widerspruch zu dem stehen, was wir für recht und richtig halten.

Endlich ein dritter schwerwiegender Grund um dem Ärzteverband "N E I N" zu sagen: Man weiß, daß die Behörden mit den Ärzten (und Zahnärzten) Pläne haben, die weit über eine Zugehörigkeit zum Verband hinausgehen. In einem Entwurf der Verordnung über zivile Dienstpflicht für Ärzte und Zahnärzte heißt es: "Wenn ärztliche Hilfe im Distrikt in Krankenhäusern und an anderen Stellen, wo es das Innendepartement für notwendig erachtet, nicht in der üblichen Weise geleistet werden kann, kann das Departement norwegischen Ärzten gegen Vergütung auferlegen, ärztlichen Dienst auszuführen oder Arztstellungen zu übernehmen, die zugewiesen werden." Die "Dienstpflicht" soll gewöhnlich ein Jahr dauern, kann jedoch verlängert werden, - sie soll begrenzt sein auf die ersten 5 Jahre nach dem Examen, kann jedoch durch das Departement auf die ersten 10 Jahre erweitert werden. Für Einstellungen in Krankenhäuser soll es derartige Begrenzungen nicht geben. Dem Arzt, dem solche Zwangsarbeit auferlegt wird, kann außerdem auferlegt werden, selbst für die nötige Arztausrüstung zu sorgen; gegebenenfalls können vom Staat Darlehen dafür gewährt werden; "bis das Darlehen zurückgezahlt ist, kann der Arzt auch zu neuer Dienstleistung herangezogen werden". Es heißt weiter, daß ein Arzt in den ersten 2 Jahren nach dem Examen keine selbständige Praxis eröffnen darf, ohne daß das Departement sich mit dem Wohnort und dem Praxisgebiet einverstanden erklärt hat und daß ein Arzt, der am 1. Oktober 1941 öffentlichen Arztendienst versah, nicht vor dem 1. Oktober 1942

ohne Zustimmung des Innendepartements vom Dienst zurücktreten kann. Strafe: Geldstrafen bis zu 50 000.--- Kr., Gefängnis bis zu einem Jahr oder beides und unter besonders verschärfenden Umständen außerdem Verlust der Berechtigung ärztliche oder zahnärztliche Tätigkeit bis zu einer Dauer von 5 Jahren auszuüben."

Der Vorschlag gibt uns einen Fingerzeig über die Pläne der Medizinalbehörden und ermahnt uns, uns noch fester um einen Protest gegen die Zwangseinsmeldung in den Ärzteverband zusammenzuschliessen. Wir müssen uns mit allen Mitteln gegen Gesetze und Verordnungen stemmen, welche die Grundprinzipien niederreißen, auf die wir unsere ärztliche Tätigkeit aufgebaut haben. Der Entwurf zu der Verordnung kann so unschuldig ausssehen, indem es den Anschein hat, als gehe man von der Sorge um die ärztliche Versorgung des Landes aus und es wird sicher so hingestellt werden, daß "Ideale Erwägungen" zu Grunde liegen. Keiner darf verkennen, daß - wie immer - politische Gründe dahinter stehen. Durch Zwangsumzüge und Umplacierungen soll der ärztliche Widerstand gebrochen werden. Politische Erwägungen werden alleingebietend sein, wenn es sich um die Verteilung der Ärzte über das Land handelt.

Die geschilderten Zustände veranlassen uns, gegen die Einsmeldung in den Ärzteverband zu protestieren. Wenn das Gesetz keinen Passus enthält der besagt, daß jeder, der sich von dem Verband fernhält, für immer das Recht zum Ausüben seiner ärztlichen Tätigkeit in Norwegen verlieren wird, dann darf uns dies nicht abschrecken. Eine Situation, bei der 95% aller Ärzte die Lizenz entzogen ist, können die Behörden nicht meistern. Wenn die Verordnung herauskommt wird, wenn möglich, ein Vorschlag für das Protestschreiben zugeschickt werden. Sollte dies jedoch nicht möglich sein, benutze man etwa folgendes: "Der Norwegische Ärzteverband hat in seiner Tätigkeit gezeigt, daß er an einer Entwicklung mitarbeitet, die gegen die ethischen Prinzipien verstößt, die in jedem Kulturland die Grundlage ärztlicher Arbeit waren und sind. Dies zeigt sich besonders dadurch,

151

daß das Wohl der Kranken irgendwelchen politischen und anderen, nicht medizinischen Erwägungen, untergeordnet wird. Ich sehe mich deshalb gezwungen mitzuteilen, daß ich mich nicht als Mitglied des Verbandes betrachten kann. Es ist mein Wunsch, meine Arbeit zum Wohl der Kranken und für die Volksgesundheit wie früher, in Übereinstimmung mit meinem Gewissen und meinem Arzteid, weiterzuführen."

Es führt eine ununterbrochene Linie von unserer Ablehnung des Vorschlages, dem Ärzteverband beizutreten und von der Loyalitätserklärung gegenüber der Regierung vom Herbst 1940, durch die Ablehnung der Forderung Hagelin's, mit aller Kraft für die Neuordnung einzutreten und dem Protest gegen die Nichtbeachtung fachlicher Erwägungen bei Einstellung von Ärzten, bis zur Ausmeldung aus dem Ärzteverband und dem Protest dagegen, als Mitglied des norwegischen Ärzteverbandes betrachtet zu werden; eine Linie, auf der wir unsere Auffassung von den ethischen Forderungen des Ärztestandes aufgebaut haben und die unserem Gewissen entspricht.

Schwedische Presse.

Meldungen über Norwegen.

Dem sogenannten Kirchenstreit in Norwegen wird ein außerordentliches Interesse entgegengebracht. Besonders werden die Aussagen und Artikel norwegischer Minister und anderer Persönlichkeiten über die kirchliche Lage in Auszügen wiedergegeben. Die Berichte des Oslo-Korrespondenten K.A. Tunberger (Dagens Nyheter) über diese Angelegenheiten waren oft derart tendenziös, daß Tunberger aus Norwegen ausgewiesen werden mußte. Auch der Oslo-Korrespondent von Stockholms-Tidningen, K.O. Hedström, ging in seiner Berichterstattung oft an die Grenze der Sachlichkeit heran. Es muß jedoch bemerkt werden, daß die Berichte sowohl von Tunberger als auch von Hedström von den Redaktionen ihrer Zeitungen oft mit krassen Überschriften versehen wurden.

Durchweg teilen die Zeitungen mit, daß in Norwegen über Ostern Friede im Kirchenstreit herrschen werde. Es wird hervorgehoben, daß es am Karfreitag bei demonstrationsartigen Gottesdiensten nirgendwo zu Zusammenstößen gekommen sei. Wie tolerant das Kirchendepartement sei, gehe aus einer Meldung aus Kristiansand hervor. Dort habe Bischof Maroni eigenmächtig einen Gottesdienst angesetzt, worauf die örtlichen Behörden in Oslo Meldung machten. Von dort sei mitgeteilt worden, "cand.theol. Maroni" habe Redeerlaubnis. Im übrigen sei allen Bischöfen über Ostern das Predigen und das Ausgehen verboten worden. Polizei und Hird hätten die Befolgung dieser Verbote überwachen müssen. Erstaunt und befriedigt zugleich ist man darüber, daß es zu Verhaftungen unter den Geistlichen nicht gekommen sei.

Aus den Kommentaren zum Kirchenstreit können folgende kurz hervorgehoben werden.

"Sydsvenska Dagbladet" vom 8.4. will herausgestrichen haben, daß die norwegischen Bischöfe gerade Religion und Politik von einander getrennt haben wollten und daß dieses Wollen den heutigen Kampf zur Folge gehabt habe. Die Schuld an diesem Kampf liege also bei der Quisling-Regierung.

"Nya Dagligt Allehanda" vom 9. April bemerkt, der Kirchenstreit habe die Aufmerksamkeit des schwedischen Volkes weit mehr auf sich gelenkt als die in Norwegen vorgenommenen Erschiessungen.

"Östergötlands Dagbladet" bezeichnet den Kirchenstreit als einen der schwersten Mißgriffe Quislings.

"Svenska Morgonbladet" vom 9.4. bezweifelt, daß Quisling ahne, welche Mächte er in diesem Kampfe gegen sich habe.

"Östgöta Correspondenten" vom 9.4. stellt das rechtmässige Handeln der norwegischen Geistlichkeit heraus.

"Boraas Tidning" vom 9.4. fordert den schwedischen Leser auf, sich einmal einen Kirchenstreit in Schweden vorzustellen und dann zu urteilen, wer wohl der Schuldige sein könne. Ein solcher Kampf sei in Schweden überhaupt undenkbar.

Während die Zeitungen vom 9.4. die erste Verhaftung im Kirchenstreit (Bürochef Hansson - Mitglied des Kirchenrates) bekanntgeben, bringen die Zeitungen am 10.4. mit großen Lettern Meldungen über die angebliche Verhaftung Berggravs und dessen Überführung in das Konzentrationslager Bredtvedt. Zusammen mit Berggrav seien Pastor Indrebö, Ingvald B. Carlsen und Pastor H.E. Wislöff verhaftet worden. Bemerkenswert ist, daß die sonst sehr zurückhaltende Stockholms-Tidningen gerade an den kirchenpolitischen Ereignissen Teilnahme zeigt. Aftonbladet bringt derartige Meldungen nach wie vor in auffallend kleiner Aufmachung und mit der Bemerkung, daß man sich über die wirklichen Verhältnisse in Norwegen schwer ein Bild machen könne. Norwegen stehe immer noch im Kriege und die Parteien ständen dort im tiefsten Gegensatz zueinander.

Zur Verhaftung Berggravs und anderer Persönlichkeiten erfolgen wiederum zahlreiche Kommentierungen, in denen von Brutalität und dergleichen gesprochen wird.

"Lunds Dagblad" vom 11.4. schreibt: "So etwas tut man nicht ungestraft. Die Tage der Machtherrschaft reichen nicht weit. Am Ende siegt eben das Dauerhafte und Wertvolle. Die Frage ist nun wohl, ob nicht Quisling seine größte, an Reichweite nicht zu übertreffende Dummheit begangen hat."

"Svenska Morgonbladet" meint, man dürfe nicht glauben, daß die Verhaftung von Berggrav unter den 1100 Pfarrern Verwirrung schaffen werde.

Verschiedene Zeitungen berichten, daß ein Brief des deutschen Gesandten Bräuer an Berggrav (April 1940) heute eine wichtige Rolle spiele. Dieser Brief soll nämlich ein Beweis dafür sein, daß Quisling auf deutsche Initiative hin im April 1940 wieder zurücktreten mußte und nicht auf Veranlassung von Berggrav.

"Dagens Nyheter's" ehemaliger Oslo-Korrespondent Tunberger verfaßt nach seiner Ausweisung noch mehrere Artikel über Norwegen. Am 7. April bemerkt er in einem Artikel über den Rücktritt der norwegischen Pfarrer, daß es die Angriffe des Staates auf die Kirche gewesen seien, die den Streit herbeigeführt hätten. Man müsse jetzt abwarten, ob Quisling den Kampf gegen die Pfarrer zu Ende führen werde, einen Kampf, der sich schließlich gegen das Christentum richten würde.

Der Oslo-Korrespondent von Svenska Dagbladet berichtet am 15.4., daß ihm aus dem Kirchendepartement mitgeteilt worden sei, man werde versuchen, durch Unterlassung von Neueinsetzungen von Bischöfen sowie durch Unterlassung von Angriffen auf Berggrav Ruhe zu schaffen. In dem Bericht dieses Korrespondenten wird gleichzeitig die scharfe Sprache der norwegischen Presse gegen die Pfarrerschaft hervorgehoben.

Am 16. April teilt "Stockholms Tidningen" als wichtigste politische Nachricht die Freilassung Berggravs aus der Haft mit. Berggrav sei auf Quislings Initiative auf freien Fuß gesetzt worden, obwohl Quisling auf dem Standpunkt stehe, daß Berggrav sich in hochverräterischer Weise vergangen und noch andere Verbrechen dazu begangen habe. Riisnäs habe

erklärt, die Freilassung Berggravs sei durch augenblickliche innerpolitische Verhältnisse bedingt.

Während "Dagens Eyheter" die Sympathieäußerungen der finnischen Zeitung "Suomen Socialdemokraattii" gegenüber der norwegischen, um ihre Existenz kämpfenden Pfarrerschaft hervorhebt, bemerkt Stockholms-Tidningen, daß bei der nordischen Kirchentagung in Aabo offiziell zum norwegischen Kirchenkampf nicht Stellung genommen wurde. Es seien allerdings in Reden führender nordischer Bischöfe dem norwegischen Kampf Gedenkworte entgegengebracht worden.

Sehr oft wird in Verbindung mit dem Kirchenstreit auch der Lehrerstreik beleuchtet. Von etwa 15 000 Lehrern seien 11 000 in den Streik getreten. Etwa 2000 Lehrer seien verhaftet worden. Die Lehrer, die nicht in den Streik getreten seien, wären an Berufsschulen, Fachschulen und Landwirtschaftsschulen tätig, so daß sie praktisch einen Streik nicht mitmachen könnten.

Im übrigen fällt es auf, daß die schwedische Presse nicht mehr wie früher Meldungen bringt, die von vornherein als unwahrscheinlich angesehen werden müssen. Kommentare zu sonstigen Ereignissen in Norwegen werden nach wie vor und besonders in der Provinzpresse in weitestem Masse gebracht. Die Kommentare und Artikel der Zeitung "Nya Upsala Tidning" zeichnen sich sehr oft durch besonders gehässigen Ton aus. In diesem Zusammenhang kann vermerkt werden, daß in Uppsala ein "Norwegisches Gymnasium" besteht, das ausschließlich von norwegischen Flüchtlingen besucht wird und das unter der Leitung norwegischer Emigranten (Prof. Fr. Paasche, Lektor Houm, Lektor Baum, ehem. Staatsrat Monsen) steht, denen teilweise das norwegische Staatsbürgerrecht aberkannt wurde.

An Einzelmeldungen aus der schwedischen Presse sind folgende bemerkenswert:

"Stockholms Tidningen" meldet am 4.4. die Verhaftung von 11 Beamten des Innenministeriums auf Veranlassung von Minister Hagelin. Es handle sich sogar um NS-Mitglieder.

"Dagens Nyheter" bringt am 4.4. die Meldung von der Überführung Prof. Scips in ein Konzentrationslager in Deutschland. Dieselbe Zeitung berichtet am 1.4., daß etwa 20 000 Leiter in der norwegischen Landesgewerkschaft durch die NS verabschiedet worden seien.

Am 5.4. bringen die Zeitungen Auszüge aus einer "drastischen Verordnung" des SS-Sturmbannführers Flesch in Aalesund. Der Bevölkerung seien die Rationierungskarten für Spirituosen entzogen worden. Rauchwaren dürften ebenfalls nicht mehr ausgeteilt werden. Von dieser Verordnung würden NS-Mitglieder und bei deutschen Betrieben arbeitende Norweger nicht betroffen.

Verschiedenen Zeitungen gehen Berichte aus privater Quelle aus Norwegen über das erstmalige Auftreten des schwedischen "Finnlandfreiwilligen" Johnny B o d e in Norwegen zu. Demnach sei Pöde außerordentlich schwedenfeindlich und sei sogar im Osloer Rundfunk mit Spottliedern auf Schweden aufgetreten.

Eine besondere Beachtung finden die Artikel, die der aus Norwegen ausgewiesene Dagens Nyheter-Korrespondent Tunberger nach seiner Ausweisung veröffentlichen läßt. Am 4.4. gibt er seine Antwort auf seine Ausweisung, in welcher es u.a. wörtlich heisst:

"Die Artikelserie Tunbergers ist plötzlich unterbrochen worden. Am Dienstag (31.3.) wurde von der Presseabteilung des Reichskommissariates mitgeteilt, daß die Tendenz in den Artikeln sowohl bei Reichskommissar Terboven als auch bei Ministerpräsident Quisling eine derartige Erregung hervorgerufen habe, daß die Aufenthaltserlaubnis mit sofortiger Wirkung eingezogen werden mußte. Bei dem Gedanken, daß eine gerechte Schilderung der heutigen Situation in Norwegen dunkel ist und wenig schmeichelt für die Verantwortlichen sein kann, ist die Massregelung wenig überraschend. Umso erstaunlicher ist es jedoch, daß man von deutscher und norwegischer Seite mit aufgebauscht und "positiven" Berichten gerechnet hatte, und da gerade dem sonst über norwegische Verhältnisse gut unterrichteten schwedischen Volk gegenüber - wo gerade jetzt die Tatsachen eine deutliche Sprache sprechen."

Der Sprecher des Reichskommissariates habe Tunberger erklärt, daß gerade jetzt, wo die Verhältnisse in Norwegen sich stabilisiert hätten und Quisling Ministerpräsident geworden sei, eine "positive" und vorsichtige Berichterstattung am Platze sei. Man müsse sich fragen, bemerkt Tunberger, worin die Stabilisierung liege.

Am 8.4. behandelt Tunberger die Lage im norwegischen Pressewesen und nimmt ein Beispiel heraus, um zu beweisen, daß die norwegische Presse von zwei Seiten "dirigiert" werde: Das Buch des Polizeiministers Jonas Lie über den Balkanfeldzug sollte auf Anordnung des norwegischen Pressedirektors eingehend in der Presse besprochen werden. 5 Tage später hätte die deutsche zuständige Stelle die Besprechung des Buches in der Presse verboten. In diesem Artikel hebt Tunberger hervor, daß die NS sich alle grösseren Zeitungen in den Städten gesichert habe. Nun sei es allerdings eine Tatsache, daß außer "Stavanger Aftenblad" alle diese Zeitungen eine Zunahme der Abonnenten melden könnten. Die NS buche dieses natürlich als einen Erfolg für sich und behauptete, daß im Volke eine übergroße Zahl von "Sympathisierenden" vorhanden sei.

Das Ereignis der Norweger in Schweden waren die Gedenkfeiern zum 9. April 1940. Während eines Gedenkgottesdienstes, den Bischof Cullberg abhielt, wurde ein Brief Berggravs an Cullberg verlesen. Der Brief wurde in "Dagens Nyheter" auszugsweise veröffentlicht.

Im übrigen liegen auffallend wenig Berichte über die Hilfstätigkeit für norwegische Flüchtlinge vor.

Die norwegische Passionszeit.

Den zweijährigen Gedenkttag des skandinavischen Unglückstages, des 9. April 1940, begeht unser westlich gelegenes Bruderland im Zeichen des offenen Kirchen- und Schulstreiks. Durch einen Zufall, der wie ein Gedanke aussah, fiel die Beförderung Quislings zum Ministerpräsidenten durch den Staatsakt am 1. Februar 1942 auf Akershus mit der aggressiven Predigt des Dompropstes Arne Fjellbu zusammen, der die immer grösser werdende Spannung zwischen der Volkskirche und der Quisling-Regierung in Norwegen aktualisiert. Einige Tage später, am 5. Februar, gab Quisling seine Verordnung über den nationalen Jugenddienst nach dem Vorbild der Hitlerjugend heraus. Gleichzeitig verordnete er den Eintritt aller norwegischen Lehrer in die NS-Organisation "Norges Laerersamband". Dadurch wurde die Kirche und die Schule von neuem in die traditionell bedingte Einheitsfront geführt. In Wahrheit: "Wieder kommen die Getrennten zusammen, einmal kommt die Zeit, da werden wir eins", - wie Carl Ploug zur skandinavischen Geburt vor 100 Jahren über das nordische Volk sagte.

Weder die norwegischen Pfarrer noch Lehrer haben sich freiwillig diesen Maßnahmen gefügt, sondern im Einklang mit dem bewundernswürdigen Widerstandswillen dieser Nation ihre Pflicht als christliche Menschen getan und ihr Recht als freie Mitbürger geltend gemacht. Die norwegischen Bischöfe protestierten also unmittelbar gegen den Übergriff in Drontheim und erhoben im Namen des Christentums und von Schule und Heim scharfen Einspruch gegen die Auslieferung der Jugend Norwegens an die in allen Erziehungs- und Schulfragen vollkommen unkundigen aber brutalen und rücksichtslosen Hirdmänner, die jetzt gegen den Wunsch der Eltern und Lehrer "täglich" die Möglichkeit haben sollten, über die Kinder zu verfügen.

Der Befehl über die Zwangseinschreibung der Lehrer in "Norges Laerersamband", den der Reichsleiter der Hird, Stabschef Orvar Sæther, ausgab, bekam sofort die zu erwartende Antwort.

Etwa 10 000 Lehrer und Lehrerinnen aller Kategorien erklärten ruhig, daß es gegen ihr Gewissen verstoße, sich als Mitglied der neuen Zwangsorganisation zu betrachten. In derselben Art wie die Bischöfe warnten die Lehrer Quislings Kirchendeptement, in dieser Weise fortzufahren.

Doch hier liess man sich nicht aufhalten. Norwegens erster bischöflichster Mann Eivind Berggrav wurde abgesetzt und 1200 Lehrer - davon 290 Lehrer von Oslo - wurden verhaftet und Hunderte von ihnen wurden zur Zwangsarbeit nach Nordnorwegen geschickt. Den übrigen wurde mitgeteilt, daß jegliche Weigerung gegenüber "Norges Lærerevne" als Verabschiedung ohne Pension zu betrachten ist. Die entstandene Verwirrung im Schulwesen versuchte man durch ein Kohlenferien-Gesetz für einen weiteren Monat zu umgehen. Während dieser Zeit kehrte Quisling von einem längeren Besuch aus Berlin zurück und richtete bei einer Presseempfang laut Referat des NS-Organes "Fritt Folk" fürchterliche Drohungen gegen die "mikroskopische Clique" die wagte, sich seinem Willen zu widersetzen. "Ich sage Euch: Wir sollten diejenigen vollkommen ausrotten, die fortgesetzt gegen Norwegens Sache arbeiten."

Aber die norwegischen Pfarrer halten an ihrer Meinung fest, daß ihre Sache, die auf Gerechtigkeit und Recht gebaut ist, eben die Sache Norwegens ist. Ende Februar beschlossen sämtliche norwegischen Bischöfe und Dompropste, von ihrer Tätigkeit als Staatsbeamten zurückzutreten, jedoch ihr Recht als Führer der Gemeinden und als Seelsorger aufrecht zu erhalten. Mit ihnen erklärte sich auch die Osloer Pfarrerschaft sofort solidarisch, und bis in den Monat März hinein erwies sich von neuem, daß die norwegischen Kirchenmänner die gesamte christliche Gemeinschaft Norwegens hinter sich hatten. Von diesen Repräsentanten, dem katholischen Bischof und den Chef der Heilsarmee einbegriffen, haben ähnlich die Geistlichen die Versicherung einer nicht zu brechenden Gemeinschaft erhalten. Eine derartige blumenhafte Sammlung ist etwas konfessionell einzig Dastehendes und bringt an den Tag, daß man sich an dem Höheren und Heiligen, das im Grunde die Bekenner des christlichen Glaubens zusammenbindet, vergriffen hat.

Einen Überblick über den Verlauf der Vorgänge in Norwegen zu geben, ist bekanntlich unmöglich. Es geschieht sicher täglich an verschiedenen Orten vieles von großer Wichtigkeit und großen Interesse, aber das Nachrichtenwesen kann auf Grund der strengen Zensur, die jeden Versuch der dauernden und unparteiischen Vermittlung verhindert, nicht funktionieren. Im kleinen und durch verschiedene Kanäle sickert jedoch die Wahrheit durch, wenn sie auch schon der Vergangenheit angehört, und das eigentliche Tagesgeschehen schimmert nur in wenigen Augenblicksbildern hindurch. Wenn nun von Oslo mitgeteilt wird, daß alle Pfarrer der norwegischen Kirche mit Ausnahme einer kleinen Anzahl, die der NS folgt, am Osterfeiertag erklärten, daß sie aus Gewissensgründen ihr Amt niederlegen, so musste dieses der Gipfel des Kirchenstreites sein. Am Ostertag während des Gottesdienstes verlasen die Pfarrer eine Botschaft mit dem Titel "Die kirchliche Grundlage", die Bekenntnisse und Erklärungen in 6 Hauptabschnitten enthielt. Sie schlossen damit, daß die Pfarrer ihren Gemeindedienst weiter ausüben wollen, sich aber jeglicher Befassung mit den staatlichen Aufgaben entledigen und sich jede Freiheit vorbehalten, selbst darüber zu bestimmen, wie Gottes Wort verkündet werden soll.

Die einige Entschlossenheit der Priesterschaft hat anscheinend im Quislinglager große Unruhe hervorgerufen. Im Kirchendepartement wird das Auftreten der Priester als "eine Aufruhrhandlung und Kriegsangelegenheit" bezeichnet, so daß die notwendigen Verhaltensmassregeln erwartet werden. Quisling hat selbst am Dienstagabend über das NT.-Büro über Bischof Berggrav und seine Anhänger geäußert, daß sie rücksichtslos als Betrüger und Verräter behandelt werden müßten. Er sparte nicht mit Worten:

Es ist unsere Pflicht, diejenigen, die fortgesetzt ihr Spiel hinter der Bischofswürde betreiben und wissentlich oder unwissentlich dem Feinde dienen, schonungslos unschädlich zu machen. Durch ihr Auftreten zwingen sie uns, sie zu vernichten. Und die, die ihnen folgen, müssen darauf vorbereitet sein, mit ihnen zu fallen.

Mit einer fest gegründeten Einheitsfront führen nun die Kirchen und Schulen in Norwegen einerseits und die despotische Macht andererseits einen Streit ohne Gegenstück in der nordischen Kultur. Die Fastenzeit ist für dieses Kirchenjahr vorüber, aber sie beginnt ernstlich für die geistlichen Führer des norwegischen Volkes. Keiner weiss, wohin ihr via dolorosa führen soll. Selbst für die schwedischen Sachverständigen, die bis zum letzten sich und den anderen einredeten, daß es sich hier um einige Eigensinnigkeiten handelt, müßte doch die Wahrheit nach und nach an den Tag kommen, daß es sich um moralische und humane Grundwerte handelt, die das geistige Adelsreich unseres Geschlechtes sind und hier einem Angriff ausgesetzt sind.